MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924
1919

369 (13.8.1919) Abend-Ausgabe

urn:nbn:de:bsz:mh40-186836

Mittwoch, 13. August. Abend-Ausgabe. 1919. — Nr. 369.

Mannheimer General-Anzeiger

Hauptschriftleitung: Dr. Fritz Goldenbaum. Verantwortlich für Politik: i. V.: R. Schönfelder, für Feuilleton: i. V.: A. Maderno, für Lokales und den übrigen redaktionellen Teil: R. Schönfelder, für Handel: Franz Kircher, für Anzeigen: Anton Grieser. Druck und Verlag: Druckerei Dr. Haas Mannheimer General-Anzeiger G. m. b. H., sämtlich in Mannheim. Draht-Adr.: General-Anzeiger Mannheim. Postscheck-Konto Nr. 17590 Karlsruhe in Baden. — Fernsprecher Amt Mannheim Nr. 7940—7946.

Badische Neueste Nachrichten
Amtliches Verkündigungsblatt

Anzeigenpreise: Die 1spalt. Kolonelzeile 60 Pf., Finanz-Anzeigen und Anzeigen von Versicherungs-Gesellschaften 65 Pf., Reklamen M. 2.50. Annahmeschluß: Mittagblatt vormitt. 8½ Uhr, Abendblatt nachmittags 2½ Uhr. Für Anzeigen an bestimmten Tagen, Stellen und Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Bezugspreis in Mannheim und Umgebung monatlich M. 2.50 mit Bringerlohn. Postbezug: Viertelj. M. 7.12 einschl. Zustellungsgebühr. Bei der Post abgeholt M. 7.20. Einzel-Nr. 10 Pfg.

Erzbergers Denkschrift über den finanziellen Bedarf des Reichs.

Weimar, 13. August. (Von unserem Vertreter.) Die Denkschrift über den künftigen finanziellen Bedarf des Reiches, die der Reichsfinanzminister Erzberger in der Nationalversammlung angekündigt hatte, liegt jetzt vor. Wie wir bereits mitteilen konnten, beziffert sie den Gesamtbedarf von Reich, Einzelstaaten und Gemeinden auf 24 Milliarden Mark, wobei der Reichsbedarf mit 17,5 Milliarden Mark, der Bedarf der Einzelstaaten und Gemeinden je zur Hälfte mit zusammen 6,5 Milliarden Mark angenommen ist. Der Reichsbedarf gliedert sich in 10 Milliarden Mark für den Schuldendienst, wobei angenommen ist, daß bis zum Ende des laufenden Rechnungsjahres die Reichsschulden auf 200 Milliarden Mark angewachsen sein dürften, weitere 4,3 Milliarden Mark für die Fürsorge für die Kriegsteilnehmer und deren Hinterbliebenen, 1,5 Milliarden Mark für Mehrausgaben und 1,7 Milliarden Mark für Verwaltung. Hierbei sind einige ganz unsichere Faktoren noch nicht berücksichtigt, nämlich der Saldo, der sich aus der Liquidation der Kriegsgesellschaften ergibt, und die Entschädigungsleistungen an die Entente und die Kosten für das Besatzungsheer.

Im Anschluß an diese Feststellungen wird in der Denkschrift die Frage der Deckungsmöglichkeit untersucht. Die Denkschrift beziffert das Erträgnis der neuen Steuern, nur der Einkommensteuer und des Reichsnotopfers mit den alten Steuern zusammen, auf rund 7,6 Milliarden Mark. Hierbei sind für die Erbschaftssteuern 700, für die Grundwechselsteuer 226, Zuckersteuer 340, Tabaksteuer 750, Vergnügungssteuer 60, Zündwarensteuer 50, Spielkartensteuer 13 Millionen Mark angesetzt. Aus der Kriegsabgabe für 1919 und der Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs wird eine Zinsersparnis von jährlich 600 Millionen Mark erwartet. Die Rayonsteuer ist mit 15 Millionen Mark angesetzt. Diesem Aufkommen von 7,6 Milliarden Mark an Steuern steht ohne Berücksichtigung der sich aus dem Friedensvertrag ergebenden Verpflichtungen ein Reichsbedarf von 17,5 Milliarden Mark gegenüber. Der Fehlbetrag erreicht demnach 10 Milliarden Mark. Er soll durch zwei Steuern, nämlich durch die Vermögensabgabe mit 2,5 bis 3 Milliarden Mark Erträgnis und die Umsatzsteuer mit einem Mehrerlös von 3 Milliarden, ermäßigt werden. Die Differenz würde demnach auf 4,5—4 Milliarden Mark vermindert. Seine Ausgleichung soll durch die Reichseinkommensteuer und durch einen weiteren Ausbau der bestehenden Steuern und die neue Steuervorlage erfolgen.

Der Denkschrift ist eine Uebersicht über die direkten und indirekten Steuern des Reiches beigegeben, die vom Standpunkt der Tragfähigkeit der Steuerobjekte und der Möglichkeit einer Erträgnissteigerung ausgeht.

Zur Verstaatlichung der Peine-Salzgitter-Eisenindustrie.

Weimar, 13. August. (Von unserem Vertreter.) Der Nationalversammlung ist jetzt der Entwurf über die Ueberführung des Eisenbergbaues und der Eisenindustrie von Peine-Salzgitter in den Reichsbesitz zugegangen, den der Reichsministerpräsident Bauer in seiner Programmrede bereits angekündigt hatte. Das Gesetz ermächtigt die Reichsregierung, das Eigentum an Aktien der Ilseder Hütte den Aktionären gegen Entschädigung zu entziehen und es auf das Reich zu übertragen. Die Entschädigung soll von dem Reichsschatzminister festgesetzt werden. Der Wert der Aktien soll zwischen den niedrigsten und dem höchsten amtlichen Kurs, zu welchem die Aktie in der Zeit vom 7. Mai bis zum 30. Juni 1919 an der Börse in Hannover notiert wurde, ermittelt werden. Eine Berufung gegen die Festlegung der Entschädigung an ein fünfgliedriges Schiedsgericht ist zulässig. Die Reichsregierung wird weiter ermächtigt, die im Bereiche des Salzgitterschen Höhenzuges verliehenen Eisenerzbergbaurechte gegen angemessene Entschädigung zu enteignen. Die infolge des Gesetzes vorgenommenen Rechtsakte sind frei von öffentlichen Abgaben.

In der Begründung des Gesetzes wird darauf verwiesen, daß damit die Reichsregierung, gemäß den Bestimmungen des Sozialisierungsgesetzes, den größten nach Friedensschluß noch verbleibenden deutschen Eisenerzbesitz und das mit der Verwertung des Erzes in Zusammenhang stehende Hüttenunternehmen den Interessen der Allgemeinheit dienstbar machen kann. Nachdem das Reich schon während des Krieges 30 Millionen Mark für den Ausbau der dortigen Anlage aufgewendet hat. Die Uebernahmekosten werden einschließlich der Ausgaben für Neuanlagen und eine Arbeiterkolonie mit 130 Millionen angesetzt, davon entfallen 67,5 Millionen Mark schätzungsweise auf die Entschädigung der Aktionäre. Man erwartet einen Reingewinn von 5 Mill. Mark jährl. aus dem Hüttenbetrieb, schätzungsweise von 5 Millionen Mark jährlich aus dem Hüttenbetrieb, wozu noch ein Gewinn für den Versand von Erzen nach Westfalen treten würde. Für die nächste Zukunft wird auf eine Jahresproduktion von 3,5 Millionen Tonnen Erzen gerechnet.

Beratungsordnung des Reichskabinetts.

Berlin, 13. August. (Von unserem Berliner Büro.) In der heutigen Sitzung des Reichskabinetts werden Maßnahmen zur Verhütung der Kapitalsflucht und weitere über Beamtenfragen behandelt werden.

Wechsel in der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amts.

[.] Berlin, 13. August (Von uns. Berl. Büro). In der Leitung der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes wird, wie wir hören, in den nächsten Tagen ein Wechsel eintreten. Der Gesandte Dr. Viktor Naumann, der die Nachrichtenabteilung seit dem Februar dieses Jahres leitet, tritt von seinem Posten zurück. Zu seinem Nachfolger ist der gegenwärtige Pressechef beim Reichsministerpräsidenten, Ministerialdirektor Ulrich Rauscher, ausersehen.

Nur allmählicher Abbau der Zwangsbewirtschaftung.

ooo München, 13. Aug. (Priv.-Tel.) In Bamberg fand gestern ein Ministerrat statt, der sich auch mit der Forderung der Oberpfälzer Bauern befaßte, die in einer Entschließung verlangten, daß die Zwangsbewirtschaftung aufgehoben werde. Der Ministerrat kam zu dem Beschluß, daß die ab 1. September geforderte Einführung der freien Wirtschaft und die weiteren Forderungen sich vorerst unmöglich praktisch durchführen lassen. Die Folge einer solchen übereilten Maßnahme würde sein, daß die minderbemittelte Klasse hungern und darben müßte und daß es dann zu Plünderungen komme, die sich auch auf das Land ausdehnen würden. Die Regierung sei bestrebt, einen allmählichen Abbau der Zwangswirtschaft herbeizuführen.

Die Regierung hat auch ausgedrückt, daß sie die nötigen Machtmittel besitze, um dem Gesetz unter allen Umständen Achtung und Geltung zu verschaffen. Sie warnt daher vor neuerlichen Versuchen den wirtschaftlichen Bürgerkrieg zu entfachen.

Die demokratischste Demokratie der Welt.

Von Reichsminister a. D. Schiffer.

(Nachdruck verboten.)

Vor einiger Zeit schrieb ein geistreicher Amerikaner, die Deutschen hätten jetzt zwar eine Republik, es fehlten ihnen aber noch die dazu gehörigen Republikaner. Ein feines Wort, das ebenso kurz wie treffend den Zustand der Dinge wiedergibt, wie er wirklich ist. Für die Staatsform gilt schließlich dasselbe, wie für jede Form: auf den Inhalt, den sie umschließt, kommt es an, wenn die Frage beantwortet werden soll, ob sie lebendige Kraft, wirkende Wahrheit oder nur äußerliche Erscheinung ist. Erst wenn die Republik der großen Mehrheit der deutschen Reichsbürger derart in Fleisch und Blut übergegangen sein wird, daß sie ihnen etwas Selbstverständliches geworden ist; wenn sie ihnen nicht mehr ein neues noch ungewohntes Gewand sein wird, das man eben erst angetan hat, sondern ein Teil ihres Selbst, das ihr ganzes Sein und Wesen, ihre Lebensanschauung und Lebensführung durchdringt; erst dann wird die Staatsumwälzung vollendet sein. Dann wird auch die Nervosität weichen, die weit mehr ein Zeichen innerer als äußerer Unsicherheit ist, und das Gefühl des geistigen Besitzstandes Platz greifen und einer ruhigeren Entwicklung den Weg bereiten. Das geht nicht von heute auf morgen; ein solcher Prozeß braucht Zeit; nur muß man sich darüber klar sein, daß er unabweislich und unumgänglich ist. Wie er geführt werden sollte, lehrt vielleicht ein Blick in die Geschichte der Einführung des Christentums in Deutschland, die auch nicht mit der Taufe der bekehrten Stämme ihren Abschluß fand.

Sollte es sich bei der Demokratie sehr viel anders verhalten? Nach der Annahme der Verfassung führte Reichsminister David in der Nationalversammlung aus: „Nirgend in der Welt ist die Demokratie konsequenter durchgeführt, als in dieser Verfassung. Wir haben das demokratische Wahlrecht, und wir haben zum ersten Male die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Frauen. Die deutsche Republik ist fortan die demokratischste Demokratie der Welt". Mag sein vom Standpunkt der geschriebenen Verfassung, des Verfassungsrechts aus; aber damit allein ist es auch hier nicht getan. Hinzukommen muß die demokratische Gesinnung, die sich in der Führung der politischen Geschäfte stetig zu betätigen hat. Da die deutsche Reichsverfassung für diese Funktion die parlamentarische Methode gewählt hat, muß diese Methode in einer Weise gehandhabt werden, die der auf die Mehrheit des Parlaments gestützten Regierung in ihr eine unerschütterlich feste Grundlage für ihre Maßnahmen, ihr Verfahren und Verhalten gewährleistet. Deshalb ist dauernde engste Verbindung zwischen der Regierung und der Regierungsmehrheit und, wenn letztere aus mehreren Parteien besteht, zwischen diesen Parteien geboten. Hierbei geht es nicht ohne ein gehöriges Maß von Selbstzucht und Selbstüberwindung ab; nur zu oft müssen die Gesichtspunkte der Partei als solcher zurücktreten, ihre Gepflogenheiten aufgegeben werden; und ein derartiger Verzicht mag Parteien und Parteirichtungen besonders schwer fallen, die bisher nur in der Opposition gestanden hatten und es nicht anders wußten, als daß die Regierung ein Objekt des Mißtrauens, der Ueberwachung, des Tadels und Angriffs, kurz der natürliche Gegner der Partei sei.

Wenn es ihnen nicht ganz leicht wird, sich sofort auf eine völlig andere Auffassung des Verhältnisses zwischen Regierung und Partei umzustellen, so ist das gewiß begreiflich; und dasselbe gilt erst recht für das Verhältnis der Parteien untereinander. Aber der Versuch muß gemacht werden, und von seinem Gelingen hängt nichts Geringeres als der ganze Gang der Staatsmaschine ab. Deshalb geht es nicht an, daß eine Regierungspartei die Regierung mit unfreundlichen Interpellationen überfällt; daß sie Regierungsvorlagen nicht etwa bloß in Einzelheiten kritisiert und zu verbessern trachtet — das ist selbstverständlich und unbedenklich zulässig —, sondern grundsätzlich bekämpft, ablehnt oder doch völlig umgestaltet; daß Koalitionsparteien in wichtigen Fragen immer wieder gegen einander stimmen; und daß solche Vorkommnisse von der einen Partei dazu benutzt werden, der anderen öffentlich vorzuwerfen, sie habe sich mit den gemeinsamen Gegnern zu einem Block zusammengetan. Wird nun dieser Block in tendenziöser Zuspitzung gar noch als „ein gegen die Sozialdemokratie stimmender bürgerlicher Block" bezeichnet, so ist das offensichtlich die reinste Parteiagitation, die nur dazu dienen soll, den Argwohn der Arbeiterschaft gegen das Bürgertum, als scheinbar gegen sie koaliert, schlechtweg wachzurufen, und die mit Regierungskunst nicht nur nichts gemein hat, sondern ihr strikt zuwiderläuft. Unterstützt wird sie auch nicht gerade durch die Haltung der Presse, die sich gleichfalls keine Beschränkungen auferlegt; und so kommt eins zum andern, um die Demokratie als dauernde Regierungsform zu diskreditieren und ihren Gegnern die schadenfrohe Feststellung zu ermöglichen, daß sie sich zwar in den Sattel geschwungen habe, aber noch lange nicht reiten könne.

In diesen Rahmen gehört auch die formulierte Erklärung, in der der Führer der sozialdemokratischen Fraktion die schwersten Bedenken seiner Partei gegen die Annahme der Verfassung zum Ausdruck brachte und deren ihr unbequeme Bestimmungen „papierne Hindernisse" nannte, die, wie die Partei vertraue, von der lebendigen Entwicklung beseitigt werden würden. Er erhielt dafür nicht bloß die lebhafte Zustimmung der Genossen, sondern auch den demonstrativen Beifall der Rechten. Wenige Minuten später, als die Schlußabstimmung beendet war, erhoben sich der Ministerpräsident und der Minister des Innern, beide gleichfalls der sozialdemokratischen Partei angehörig, um das, was Herr Löbe soeben doch eigentlich als einen Fetzen Papier von zweifelhaftem Wert gekennzeichnet hatte, als „festen Boden", als „unlösbaren Vertrag", als „Grundlage des neuen Aufstiegs für die Einzelnen und für die Gesamtheit", als „großes Werk", geeignet, „uns mit Selbstvertrauen und Stolz zu erfüllen", als „wohldurchdachten, staatsrechtlich festgefügten Neubau" zu rühmen. Das ist mehr als bloß schlechte Regie, sondern ein Zeichen dafür, daß es die regierenden Demokraten noch an der Empfindung für die Notwendigkeit der freiwilligen Ein- und Unterordnung gebricht, ohne die auch die demokratischste Demokratie der Welt und gerade sie nicht bestehen kann.

Deutsches Reich.

Eingreifen des Reichspräsidenten in den Fall Erzberger?

Zu den gegen den Reichsfinanzminister Erzberger in der Oeffentlichkeit erhobenen schweren Anschuldigungen hat der Abgeordnete Dr. Mittelmann folgendes Schreiben an den Reichspräsidenten gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichspräsident!

Im Sinne von Millionen Deutscher, die genau so denken wie ich, richte ich diese Zeilen an Sie als den ersten Bürger des Reiches, den der politische Umschwung durch den Willen der Nationalversammlungsmehrheit an die Spitze unseres Staatswesens gestellt hat. Der Kampf um ein Mitglied Ihres Ministeriums, nämlich um den Reichsfinanzminister Erzberger, wird nun seit Wochen in breitester Oeffentlichkeit geführt, und eine Anklage folgt der anderen, ohne daß einwandfrei an berufener Stelle, nämlich vor Gericht, festgestellt würde, in welchem Lager Recht und Wahrheit und in welchem Unrecht und Lüge sich befinden. Die Vorwürfe, die gegen den Reichsfinanzminister erhoben werden, sind so schwer, daß, wenn sie gerechtfertigt sein sollten, jeder, in welchem Berufe er auch stünde, ein für allemal erledigt wäre. Vorgestern sprach mich ein Handwerksmeister auf diese Angelegenheit an; im Verlaufe des Gespräches erklärte er mir, daß, wenn derartig ehrenrührige Vorwürfe einem Mitgliede seiner Innung gemacht würden, ohne daß der Betreffende eine gerichtliche Rechtfertigung herbeiführte, er alsdann unverzüglich an die Luft gesetzt würde. Das ist zweifellos die Stimmung der Mehrheit in unserem Volke. Um diesem Empfinden, das dem uns Deutschen innewohnenden Gerechtigkeitsgefühl entspringt, muß Rechnung getragen werden, wenn nicht noch weiterer unabsehbarer Schaden angerichtet werden soll.

Es gibt doch nur zwei Möglichkeiten: entweder der Reichsfinanzminister steht rein und makellos da, dann gehören diejenigen vor den Strafrichter, die dem zweithöchsten Beamten des Reiches gemeine Lüge, Verleumdung, Landesverrat, Mißbrauch des Abgeordnetenmandats zu persönlichen geschäftlichen Zwecken und wie die Anschuldigungen mehr lauten, vorwerfen, oder der Reichsfinanzminister hat sich solcher Verfehlungen tatsächlich schuldig gemacht, dann gehört er vor das Gericht. Unter keinen Umständen aber darf die Sache auf sich beruhen, denn nicht von irgendwelchen namenlosen Leuten werden die schweren Anklagen erhoben, sondern sie gehen von dem früheren stellvertretenden Reichskanzler, Herrn Dr. Helfferich und anderen bekannten und angesehenen Männer aus und werden tagtäglich in der breitesten Oeffentlichkeit erörtert. In der jüngsten Erklärung des früheren Reichskanzlers Dr. Michaelis, der neben Dr. Helfferich auch ausdrücklich Generalfeldmarschall von Hindenburg und General Ludendorff beigetreten sind, wird die „wahrheitswidrige Darstellung des Reichsfinanzministers" hinsichtlich des angeblichen englischen Friedensangebotes geradezu vernichtend zurückgewiesen. Denken Sie an die Beamtenschaft! Mit welchen Augen soll diese auf ihre höchsten Vorgesetzten blicken, wenn Vorwürfe, wie sie in keinem Lande und zu keiner Zeit jemals gegen einen leitenden Staatsmann erhoben worden sind, ungestraft ausgesprochen werden können, also zum mindesten gerechtfertigt erscheinen!

Herr Reichspräsident! Sie haben sich selbst in Ihrer ersten Rede stolz als einen Sohn des Volkes bezeichnet. Nun denn, seien Sie als solcher auch der berufene Hüter des gesunden Volksempfindens, und sorgen Sie im Interesse der Reinlichkeit und der Gerechtigkeit, im Interesse der Integrität der gesamten Beamtenschaft sowie im Interesse unseres Reiches, das in seiner zerrütteten Lage derartige Verhältnisse einfach nicht tragen kann, unverzüglich für eine gerichtliche Klarstellung. Ich hatte ursprünglich die Absicht, durch eine Anfrage in der Nationalversammlung die Regierung zu einer bestimmten Antwort zu veranlassen, habe diesen Gedanken aber wieder aufgegeben, weil ich angesichts der hochgehenden Wogen der Parteileidenschaft von dieser Stelle eine wirklich befriedigende Antwort nicht erhoffen kann. Desto fester bin ich aber davon überzeugt, daß dieser Brief seine Wirkung nicht verfehlen wird.

Mit dem Ausdruck der Hochschätzung, die auch der politische Gegner dem ersten Bürger des Reiches pflichtgemäß entgegenbringt, bin ich Ihr ergebener

Dr. Fritz Mittelmann, Mitglied der Nationalversammlung.

Von unseren Kriegsgefangenen.

Wir sind in der Lage, einiges über die Stimmung zu sagen, die unter unseren Kriegsgefangenen herrscht, die sich in El Kantara in Unterägypten, im Gouvernement Suez, befinden. Sie haben über die Behandlung, die ihnen durch die Engländer zuteil wird, keineswegs zu klagen, geben vielmehr zu, daß sie wie die britischen Soldaten selbst gehalten würden. Dennoch — El Kantara ist nicht die Heimat. So heiß der Wunsch unserer Kriegsgefangenen, nach Hause zurückzukehren, auch ist, so können sie einen gewissen Unmut Deutschland gegenüber nicht verbergen. Je länger sie der Heimat ferngehalten werden, desto mehr wird der Meinung Glauben geschenkt, daß Deutschland für seine Soldaten nur so lange sorgt, als sie ihm Dienste zu erweisen vermöchten. Dazu seien sie als Kriegsgefangene freilich nicht mehr in der Lage. Es herrscht die Ueberzeugung, daß Deutschland die Heimbeförderung seiner Kriegsgefangenen wohl zu beschleunigen vermöchte; in unserem Falle, wenn es alles daransetzte daß die Neutralen mit ihren Schiffen den Heimtransport besorgen.

So einfach ist die Sache denn doch nicht. Für die Rücksendung unserer Kriegsgefangenen aus Frankreich und Italien sind keine Schiffsräume erforderlich; hier genügte der gute Wille unserer Gegner vollends. Er allein wird uns auch die Kriegsgefangenen zurückgeben, die sich an fernen Gestaden in Sehnsucht nach der Heimat verzehren.

MARCHIVUM

Der Uebergabekommissar der Pfalz.

⊡ Aus der Pfalz, 12. August. Zum Uebergangskommissar für die an den Saarstaat abzutretenden pfälzischen Gebietsteile wurde von der bayerischen Staatsregierung Oberregierungsrat Jolas-München, ein geborener und lange Zeit in der Pfalz amtierender Beamter, ernannt. — Die bisher zur Diözese Speyer zählenden pfälzischen, zum Saarstaat gelangenden Orte werden auch weiter bei dieser Diözese verbleiben.

40. Deutscher Hausbesitzertag.

sh. Jena, 12. August.

Im großen Volkshaussaal fand am Sonntag die erste Hauptversammlung des 40. Verbandstages des Zentralverbandes der deutschen Hausbesitzervereine statt, zu der als Regierungsvertreter Geh. Rat Dr. Glas vom Reichsarbeitsamt, Geh. Rat Frenzel für den Reichskommissar für das Wohnungswesen, Professor Keßler als Vertreter der Universität, die Mitglieder der Deutschen Nationalversammlung Bartschart und Bienert, sowie Oberlandesgerichtspräsident Stichling für die Oberverwaltungsgerichte, Kapitän Jurkmann als Delegierter der Dänischen Hausbesitzervereinigungen und Dr. Ziesner (Dresden) von der Sächsischen Zentralstelle für Wohnungsfürsorge erschienen sind.

Nach einer Begrüßung durch den Verbandsvorsitzenden Justizrat Dr. Baumert (Spandau) sprach an erster Stelle Professor Dr. Keßler (Jena) über

Mieterschutz und Mietpreisbildung

mit besonderer Berücksichtigung der Geldentwertung. Im Verein mit Justizrat Dr. Baumert als Mitberichterstatter legte er folgende Leitsätze vor:

Die Mieterschutzgesetzgebung ist eine Notstandsmaßnahme, die durch gesetzliche Eingriffe in die Mietverhältnisse der vorhandenen Wohnungen den durch die Unterbindung der Neubautätigkeit hervorgerufenen Wohnungsmangel vorübergehend mildern soll. Soweit der Wohnungsmangel durch die ausgleichenden Wirkungen der Ueberführung der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft und durch die Wiederbelebung der Neubautätigkeit behoben wird, müssen die Eingriffe der Mieterschutzgesetzgebung abgebaut werden. Es ist dringend erwünscht, daß der in der Mieterschutzverordnung vom 22. Juni 1919 festgesetzte Termin vom 31. Dezember 1920 für das Außerkrafttreten der Verordnungen zum Schutze der Mieter und über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel innegehalten wird. In der Zwischenzeit ist nach Möglichkeit eine Erleichterung der Vorschriften der Mieterschutzgesetzgebung zu erstreben. Die Preisbildung der Mietwohnungen hängt aufs engste zusammen mit der Preisbildung aller übrigen wirtschaftlichen Güter. Einseitige Eingriffe in die Mietpreisbildung bringen die Gefahr einer Störung der Gesamtwirtschaft mit sich.

Die Preisfestsetzung für die einzelne Wohnung bezw. das einzelne Wohnhaus muß in der Weise erfolgen, daß der Mietpreis deckt: 1. Die Verzinsung und eine der Abnutzung entsprechende Tilgung der auf dem Grundstücke ruhenden hypothekarischen Belastungen, 2. die Verzinsung und eine der Abnutzung entsprechende Tilgung des von dem Eigentümer selbst in dem Hause angelegten Kapitals, 3. die Steuern, öffentlichen Abgaben und Beiträge, 4. Versicherungsprämien, 5. die Bezugskosten für Gas, Wasser und Elektrizität, 6. die Kosten für Kanalisierung, Müllabfuhr, Schornsteinreinigung usw., 7. die Entlohnung von Hausverwaltern und Portiers, 8. die Unkosten für die bauliche und technische Erhaltung und Ausbesserung des Hauses, 9. eine Risikoprämie für Mietverluste usw. 10. eine entsprechende Vergütung für die auf die Verwaltung des Hauses und die Bereitstellung der Wohnungen aufgewandte Arbeit des Vermieters, 11. bei Häusern mit Zentralheizung und Warmwasserversorgung die Kosten der Heizstoffe, die Tilgung der Anlagekosten, sowie die Kosten für Unterhaltung und Bedienung der Anlagen. — Die Geldentwertung hat auf die Mietpreisbildung dieselbe Wirkung wie auf die allgemeine Güterpreisbildung. Die Wohnungsmiete ist nicht, wie es fälschlich oftmals dargestellt wird, nur Kapitalzins, sondern sie ist auch Vergütung volkswirtschaftlich bedeutsamer und unentbehrlicher Leistungen (Unternehmerlohn). Die Anlage eigenen Kapitals im Hausbesitz hat daher grundsätzlich keine andere Bedeutung als die Kapitalanlage in der wirtschaftlichen Unternehmung überhaupt.

An zweiter Stelle verbreitete sich Rechtsanwalt Dr. Weingart (Mannheim) über

Bodenverstaatlichung, Sozialisierung der Grundrente und Vergesellschaftung der Mietwohnungen

unter Vorlegung nachstehender Leitsätze:

Auf Grund der geschichtlichen Entwicklung und der wirtschaftlichen Erfahrung muß das Privateigentum am Grund und Boden als die beste Form der Nutzbarmachung des städtischen Wohnbodens angesehen werden. Der Wettbewerb einer großen Zahl von Bodeneigentümern verhindert am sichersten die Bildung eines Bodenmonopols für den Wohnstättenbau. — Die Bildung der Bodenwerte und Bodenpreise steht in enger Wechselwirkung mit der politischen, baurechtlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung eines Wohnbezirkes. Der Betrag der vielfach als Grundrente des bebauten Wohnbodens aufgefaßt wird, stellt zum großen Teil den Ausgleich für die wirtschaftlichen Aufwendungen und Leistungen des Hauseigentümers dar, die mindestens in derselben Höhe auch bei einem staatlichen oder städtischen Bodeneigentum aufgebracht werden müßten. Bei einer Sozialisierung der Grundrente des bebauten Wohnbodens würde der von dem privaten Bodeneigentümer etwa erzielte Ueberschuß meist durch die mit der Bodenverstaatlichung verbundene Verteuerung der Bodenbewirtschaftung aufgehoben oder gar in einen Verlust für die Allgemeinheit umgewandelt werden. — Die Bewirtschaftung und Verwaltung der Mietwohnungen durch eine öffentlich-rechtliche Körperschaft würde nicht nur eine Erhöhung der Verwaltungsunkosten und damit eine Verteuerung der Mieten bedingen, sondern sie würde auch eine Bürokratisierung des Wohnwesens und damit eine Verflachung und Verschlechterung der Wohnstätten und die Gefahr einer willkürlichen Behandlung der einzelnen Wohnungsbedürftigen herbeiführen. Der Wettbewerb unter der großen Zahl einzelner Wohnungseigentümer ermöglicht allein die Befriedigung der kulturellen Wohnungsansprüche der Mieter. (Schluß folgt.)

Hessen.

9. hessische evangelische Landessynode.

+ Darmstadt, 12. Aug. Bei der fortgesetzten Beratung der 9. Landessynode wurden in gleicher Weise den Pfarrern, Kandidaten, Witwen, Waisen und Pensionären dieselben Teuerungszulagen, Kinderzulagen usw. wie den Staatsbeamten bewilligt. Die für 1918 bewilligten einmaligen wie die laufenden Teuerungszulagen werden nachträglich gutgeheißen. Im Ausschuß wurde darauf hingewiesen, daß durch diese Ausgaben alle Reserven und Ueberschüsse der Vorjahre aufgebraucht sind. Eine Vorlage betr. Berücksichtigung der durch den Heeresdienst in Nachteil gekommenen Pfarramtskandidaten wurde ebenfalls angenommen. Das Gesetz betr. die Bildung der Kirchenregierung wurde in zweiter Lesung beraten und nach lebhafter Aussprache mit geringen Abänderungen angenommen. Damit ist ein wichtiger Abschnitt in der hessischen Kirchengeschichte erledigt.

Am Montag wurde zunächst ein Antrag des Syn.-Abg. Müller beraten, der die Uebernahme der durch den Krieg aus ihrer Tätigkeit herausgerissenen Missionare bezweckt. Sie sollen möglichst als Helfer der Kirche untergebracht werden, soweit sie eine Reihe von Jahren im Dienste der Kirche tätig und dazu geeignet sind. Nach längerer Aussprache, in welcher sich verschiedene Abgeordnete mit Rücksicht auf die unzureichende Vorbildung der Missionare gegen die allgemeine Uebernahme aussprachen, wurde ein Antrag angenommen, der dem Oberkonsistorium eine wohlwollende Behandlung der Missionare empfiehlt. Eine Anfrage des Abg. Wagner behandelte die Frage der Kirchenglocken, soweit sie während des Krieges im vaterländischen Interesse abgeliefert, aber nicht zur Verwendung gekommen sind. Das Oberkonsistorium erklärte durch seinen Vertreter, Geh. Oberkonsistorialrat Dr. Merck, daß von Seiten des Kirchenregiments alles zur Rückschaffung der abgelieferten Glocken geschehen sei, daß aber von Seiten des Kriegswirtschaftsamtes die Auskunft kam, daß alle Glocken verwendet worden seien. Trotzdem habe sich jetzt herausgestellt, daß einzelne Glocken in Privatbesitz seien und für viel höhere Preise, als sie abgegeben wurden, wieder zu haben sind. Synodale Wagner weist auf die große, hierdurch in der Bevölkerung bestehende Empörung hin, die noch vermehrt wird dadurch, daß man hört, die Glocken sollten jetzt nach Belgien und andere Gebiete ausgeliefert werden. Das Kirchenregiment wurde beauftragt, mit aller Energie für Rückgabe der Glocken einzutreten.

Am Dienstag nahm die Landessynode die Wahl des neuen erweiterten Oberkonsistoriums, das nunmehr an Stelle des Landesherrn die oberste kirchliche Behörde darstellt, vor. Es wurden gewählt mit 42 von 43 abgegebenen Stimmen der seitherige Präsident der Landessynode, Kirchenrat Dingeldey, zu seinem Stellvertreter Geh. Justizrat Römheld-Nidda, als Mitglieder die Abgg. Wahl-Schlitz, Daudt, Obenauer, welche seither schon dem Synodal-Ausschuß angehörten und die Abgg. Prof. Dr. Diehl-Friedberg und Pfr. Wagner-Darmstadt. Zu ihren Stellvertretern wurden gewählt die Abgg. Brill, Fenchel, Keil, Vogel und Dittmar. Ein Antrag des Abg. Müller, wonach jeder Geistliche das Recht haben soll, eine Disziplinaruntersuchung gegen sich selbst zu beantragen, wurde nach einer Erklärung des Oberkonsistorialpräsidenten für erledigt erklärt. Es folgte die zweite Lesung des Gesetzes betr. die Bildung der Kirchengemeindevertretungen und die Einberufung eines Landeskirchentages, das ohne wesentliche Aussprache nach den neuen Vorschlägen des Ausschusses mit einigen Zusätzen Annahme fand. Hierzu wird weiter ein Antrag der Abgg. Fritsch, Dittmar und Brill angenommen, in welchem das erweiterte Oberkonsistorium ersucht wird, in einer Kundgebung an die Gemeinden die Gründe und die Bedeutung der kirchlichen Neuordnung und die für die Gemeinden daraus sich ergebenden Pflichten darzulegen. Bei den Dekanatswahlsynoden sollen außer der Wahlhandlung geeignete Vorträge über die kirchliche Neuordnung und die gesteigerte kirchliche Arbeit gehalten werden. Darauf wurde die letzte Landessynode geschlossen.

Der Kohlenarbeiterstreik in Oberschlesien.

Verhandlungen in Kattowitz.

⊡ Berlin, 12. Aug. (Von uns. Berl. Bureau.) Zum Oberschlesischen Kohlenarbeiterstreik wird berichtet: Am Dienstag fanden in Kattowitz unter Vorsitz des Vertreters des Staatskommissars Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern, 89 Obleuten der Streikenden und Vertretern der Arbeitgeber statt. Der Vertreter des Staatskommissars machte den Vorschlag, daß sich die Vertreter der Gewerkschaften bereit erklären sollten, für die Verwirklichung der folgenden Forderungen einzutreten: Wiedereinstellung der Arbeiter nach den bekannten Forderungen der Streikenden, Milderung des Belagerungszustandes in der Weise, daß Konferenzen wirtschaftlicher Art ohne behördliche Genehmigung stattfinden dürfen. Die Gewerkschaftsvertreter erklärten sich einverstanden mit dem Eintreten des polnischen Zentralverbandes, Wiedereröffnung der stillgelegten Betriebe und Enthaftung der politischen Gefangenen, soweit sie sich keiner Verbrechen schuldig gemacht haben. Die Vertreter der Gewerkschaften nahmen diese Vorschläge an und auch die Obleute versprachen, sie zur Annahme zu empfehlen. Für die Mehrzahl der ausständigen Arbeiter scheint es sich doch nur um die Durchsetzung wirtschaftlicher Forderungen zu handeln. Wie versichert wird, soll der größte Teil der Streikenden entschlossen sein, den kommunistischen Treibereien nicht nachzugeben.

Kattowitz, 13. Aug. (W.B.) Ueber die Streiklage ist mitzuteilen, daß die Belegschaft der Richterschächte die Arbeit bedingungslos aufgenommen hat. Neu ausständig sind die Prinzengrube, Giesche-Grube und Ferdinand-Grube. Die Zahl der Streikenden im oberschlesischen Kohlenrevier beträgt 65 bis 70 Prozent der Belegschaften.

Schwere Ausschreitungen in Beuthen.

⊡ Berlin, 13. August. (Von unserem Berliner Büro.) Gestern ist es in Beuthen auf dem Wochenmarkte zu schweren Ausschreitungen Ausständiger gekommen. Mehr als 5000 Arbeiter besetzten vom frühen Morgen an die Plätze. Nachdem es im Laufe des Vormittags schon vereinzelt zu kleineren Reibereien mit den Sicherheitsmannschaften gekommen war, wurde gegen 11 Uhr mit dem Umwerfen von Verkaufsständen das Zeichen zum Beginn des Aufruhrs gegeben. Die Polizeimannschaften waren der großen Menge gegenüber machtlos und mußten die bereits festgenommenen Rädelsführer wieder freilassen. Erst einer Abteilung Soldaten gelang es mit Maschinengewehren den Marktplatz von den aufrührerischen Elementen zu säubern.

Letzte Meldungen.

Die Beleidigungsklage Helfferichs gegen das Berliner Tageblatt.

⊡ Berlin, 13. August. (Von unserem Berliner Büro.) Staatsminister Dr. Helfferich hat gegen die verantwortlichen Redakteure des „Berliner Tageblattes" und der Charlottenburger Zeitung „Neue Zeit" beim Schöffengericht Berlin-Mitte durch Rechtsanwalt Dr. Alsberg die Beleidigungsklage eingeleitet. Er fühlt sich durch den am 31. Juli im Berliner Tageblatt veröffentlichten Artikel „Eine eigenartige Finanzaktion" beleidigt, ebenso durch den in der „Neuen Zeit" am 1. August erschienenen Artikel „Helfferich als Fälscher".

Heimsendung deutscher Heerführer.

⊡ Berlin, 13. August. (Von unserem Berliner Büro.) Wie die P. P. N. erfahren, ist die Heimsendung des Generals Liman von Sanders nunmehr zugestanden worden. Nähere Regelung erfolgt durch die englische Regierung. Feldmarschall v. Mackensen geht nach Saloniki. Seine Auslieferung wird im Zusammenhang mit der allgemeinen Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen im Auge behalten.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

⊡ Berlin, 13. August. (Von unserem Berliner Büro.) In den deutsch-polnischen Verhandlungen werden die nächsten Tage lediglich vorbereitenden Besprechungen und organisatorischen Fragen gewidmet sein. Die Unterkommissionen, die den wichtigen Teil der Arbeit zu erledigen haben, werden erst nach Bereitstellung des Materials zusammentreten.

Die neue Verfassung für Bayern angenommen.

München, 13. August. (Priv.-Tel.) Der bayrische Landtag hat gestern nachmittag die neue Verfassung für den Freistaat Bayern aus der Taufe gehoben. In einer Sitzung hat das Plenum des Landtages dem Werk, das nunmehr die Grundlage für die neue Staatsform bildet, seinen Segen gegeben. Zu der denkwürdigen Sitzung hatten sich die Abgeordneten in überaus großer Zahl eingefunden. Auch das gesamte Staatsministerium mit Ausnahme des nach Weimar berufenen Finanzministers waren vertreten. Namens der einzelnen Parteien gab je ein Vertreter derselben eine kurze Erklärung über ihre Stellung zu dem Verfassungsentwurf ab. Das Verfassungswerk fand den Beifall des Hauses. Es wurde in namentlicher Abstimmung mit 165 gegen die 3 Stimmen der Unabhängigen angenommen. Am Schluß der Sitzung, in der auch noch der Gesetzentwurf über die Verlängerung des Landtags bis zum 30. Juni 1922 gegen die Stimmen der Unabhängigen Annahme fand, würdigte der Präsident in einer Ansprache die Bedeutung des neuen Verfassungswerkes für das Land und das Volk.

Die Herrschaft der Unabhängigen in Hof.

München, 13. Aug. (Priv.-Tel.) Nach neuerlichen Meldungen werden in Hof alle Hebel in Bewegung gesetzt, um im Einvernehmen mit der sächsischen U. S. P. und kommunistischen Kreisen die bayerische Regierung zu stürzen und eine neue Räterepublik auszurufen. Augenblicklich herrscht zwar Ruhe, aber man dürfe sich nicht täuschen lassen. Das Münchener unabhängige Organ bestreitet natürlich alle diese Meldungen und warnt das Proletariat davor, sich verhetzen zu lassen. Tatsächlich scheinen aber die Dinge in Hof ziemlich ernsten Charakter anzunehmen. Hof besitzt zur Zeit weder Militär noch eine Einwohnerwehr. Die Gründung einer letzteren begegnet den allergrößten Schwierigkeiten. U. S. P. beherrscht vollständig die Lage.

Der Hamburger Beamtenstreik.

⊡ Berlin, 13. August. (Von unserem Berliner Büro.) Wie aus Hamburg gemeldet wird, ist die Lage im Bankbeamtenstreik unverändert. Heute finden Verhandlungen unter Beteiligung des Reichsarbeitsministers statt.

Der französische Wahlkampf.

Paris, 13. Aug. (Meldung der Telegrafen-Kompagnie.) Der Wahlkampf hat nunmehr eingesetzt. Im ganzen Lande fanden am Samstag politische Versammlungen statt. Den Ausschlag bildete ein für den Charakter des Wahlkampfes bezeichnender Vorgang: Die Versammlungen der Bergarbeiter des Seinedepartements, zu der sämtliche auf dem linken Flügel der C. G. T. stehenden Gewerkschaften eingeladen waren, wurden in letzter Stunde vom Polizeipräsidenten verboten. Anstelle der Versammlung veranstalteten die Bergarbeiter darauf einen Demonstrationszug. Aeußerst charakteristisch für den Charakter des Wahlkampfes verlief ferner eine Versammlung der nationalistischen Republikaner in Le Havre, in der die Anhänger des Ministerpräsidenten für diesen Stimmung zu machen suchten. Die Sozialisten versuchten diese Versammlung zu stören, wodurch es zu stürmischen Auftritten kam. Später wurde ihnen Redefreiheit zugebilligt und sie nahmen an der Versammlung teil, sodaß sie ihr Programm entwickeln konnten. Die Sozialisten erklärten sich gegen den Wahlkampf, so wie Clemenceau ihn organisierte und beschlossen, gegen die bürgerlichen Parteien aufzutreten. Ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Radikalen und auch mit den sozialistischen Radikalen lehnten sie ab. Die Versammlung endigte jedoch mit einem Sieg der nationalistischen Partei. Man kann sagen, daß im allgemeinen die erste Kampfprobe zugunsten des Ministerpräsidenten ausgefallen ist.

Rückgang der englischen Kohlenproduktion.

== Paris, 12. August. (Eigener Drahtbericht, indirekt.) Nach einer Meldung aus London erklärte der Sekretär im Handelsministerium, Bridgeman, heute im Unterhaus, daß die Kohlenproduktion während der letzten Woche des Monats Juni auf 2.537.850 Tonnen zurückgegangen sei, während sie zur gleichen Zeit des Vorjahres 4.806.933 Tonnen betrug. Ein Abgeordneter fragte die Regierung, ob sie sich darüber Rechenschaft gebe, daß diese gewaltige Verminderung des Exportes das Land dem Ruin entgegenführe. Brigdeman erklärte, daß die Lage allerdings sehr ernst sei. Ein anderer Abgeordneter fragte, warum die auf den Import gelegten Einschränkungen nach dem 1. September noch in Kraft bleiben. Bonar Law erklärte, er werde die Frage noch vor den Parlamentsferien besprechen.

Englische Bergarbeiter gegen politische Streiks.

Amsterdam, 13. Aug. (W.B.) Das Pressebureau Radio meldet, die Bergarbeiter von Lancashire und Cheshire haben auf der Sonderkonferenz mit überwältigender Mehrheit beschlossen, gegen eine direkte Aktion, das heißt gegen politische Streiks, zu stimmen.

*

== Paris, 12. August (Eigener Drahtbericht indirekt). Wie das Journal des Debats meldet, hat der Emir Faissel, der Ansprüche auf die Regierung Syriens macht, in Damaskus ein Kabinett gebildet.

Letzte Handels-Nachrichten.

Mannheimer Effektenbörse.

Börse sehr still. Pfälzische Hypothekenbank und Rheinische Hypothekenbank etwas besser bezahlt. Von Industrie-Aktien waren Westeregeln niedriger.

Frankfurter Wertpapierbörse.

* Frankfurt, 13. Aug. (Priv.-Tel.) Die gestrigen Ausführungen des Reichsfinanzministers Erzberger in der Nationalversammlung verstärkten gestern noch die vorherrschende Geschäftsunlust. Auf keinem Gebiet vermochte sich die Unternehmungslust bemerkenswert zu festigen. Lebhafteres Geschäft bestand von Anbeginn an wieder lediglich in Petroleumwerten, zu allerdings schwankenden Kursen. Steaua Romana wurden zu Beginn des Verkehrs mit 466—460—458 gehandelt. Deutsche Petroleum, die mit 273 einsetzten, schwächten sich ebenfalls ab, 268. — Am Montanaktienmarkt drückte der dividendenlose Abschluß der König- und Laurahütte (l. V. 12 Proz.). Die führenden Aktien erzielten keinen Erfolg, waren aber niedriger genannt. Von Eisenbahnwerten gingen Schantung zu 130 um. Lombarden gebessert, 20½ Proz., dagegen Staatsbahn auf Wien schwächer. Kanada setzen 445 höher ein. Schiffahrtsaktien traten zu gebesserten Kursen in den Verkehr. Norddeutscher Lloyd 102 plus 1½ Proz. Chemische Werte waren behauptet. Badische Anilin war 1 Proz. niedriger bezahlt. Elektrowerte hatten kaum nennenswerte Umsätze zu verzeichnen. Zu wesentlich höheren Kursen waren Brown Boverie gesucht. Daimler haben sich nur wenig verändert. Heldburg waren zu 92 umgesetzt. Scheideanstalt fanden zu 323 bei lebhafteren Umsätzen Aufnahme. — Die Tendenz des Einheitsmarktes war behauptet. Auf dem Bankenmarkt standen Elsässische Bankgesellschaft bei erhöhten Kursen in reger Nachfrage. Fest lag der Kuponmarkt bei lebhaften Umsätzen. Von heimischen Fonds waren heimische Anleihen etwas abgeschwächt. Kriegsanleihe 79¼. Pfandbriefe lagen fest. Der Schluß gestaltete sich ruhig und im Zusammenhang mit der zunehmenden Geschäftsunlust schwächer. Petroleumaktien unregelmäßig. Privatdiskont 3½ Prozent.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 13. August. (Devisenmarkt.)

Auszahlungen für:	12. Geld	12. Brief	13. Geld	13. Brief
Konstantinopel	—.—	—.—	—.—	—.—
Holland 100 Gulden	655.00	655.50	680.00	680.50
Dänemark 100 Kronen	381.00	381.50	396.00	396.50
Schweden 100 Kronen	430.00	430.50	445.00	445.50
Norwegen 100 Kronen	405.00	405.50	420.00	420.50
Schweiz 100 Franken	309.00	309.25	319.00	319.25
Oest.-Ungarn 100 Kronen	42.95	43.05	42.45	42.55
Spanien	315.—	316.—	325.—	326.—
Bulgarien 100 Leva	—.—	—.—	—.—	—.—
Helsingfors	103.00	103.75	105.25	105.75

*

* Jahresabschluß der Simonius'schen Zellulosefabriken A.-G. in Wangen im Allgäu. Von der Generalversammlung wurden die Anträge auf Verteilung von 10 Proz. Dividende und 10 Proz. in 5proz. Kriegsanleihe genehmigt. Von den ausscheidenden Aufsichtsratsmitgliedern wurden Joseph Blumenstein-Berlin und Stadtrat Dr. Willi Schacht-Weimar wiedergewählt. An Stelle von Kommerzienrat Klagges und Generaldirektor Euckett, die ihre Aemter niedergelegt hatten, wurden Alfred Blumenstein und Direktor Otto Clemm von der Zellstoffabrik Waldhof neu in den Aufsichtsrat gewählt.

MARCHIVUM

Aus Stadt und Land.

Textilwaren

stehen, so wird uns geschrieben, immer noch so hoch im Preise, daß es sich das Landespreisamt ganz besonders angelegen sein lassen will, die Preisverhältnisse auf dem Textilmarkt einer strengen Prüfung zu unterziehen. Eigne Sachverständige werden bei den Kaufleuten Aufschluß verlangen über die Bezugsquellen und Kalkulationen. Es liegt im eigensten Interesse der Verkäufer, sich streng an angemessene Preise zu halten und über Ein- und Verkaufspreise usw. genau Buch zu führen, damit sie einer Kontrolle im obigen Sinn standhalten können, um sich nicht einer Bestrafung und Geschäftsschließung auszusetzen. Dem kaufenden Publikum ist Gelegenheit zur Mitarbeit gegeben bei der Bekämpfung von Wucherpreisen, wenn es über die ihnen bekannt werdenden Mißstände dem Landespreisamt sachdienliche Mitteilung zukommen läßt. δ

Die Einwirkung des Tarifvertrages der Gasthaus-Angestellten auf den Geldbeutel des Publikums.

Aus unserem Leserkreise werden wir um Aufnahme folgender Zuschrift ersucht:

Daß das Trinkgeld im Gasthausgewerbe abgeschafft wird, ist in jeder Hinsicht zu begrüßen. Daß aber die Gasthausangestellten 10 Prozent des Umsatzes verlangen, dürfte für den, der auf das Essen im Restaurant angewiesen ist, nicht gleichgültig sein. Ich spreche im Namen der kleinen Angestellten, denen es schon schwer fällt, 2 Mk. für Mittagessen und 1.50 Mk. für Abendessen auszugeben. Welche Einwirkung die 10 Prozent auf meinen Geldbeutel haben, will ich wie folgt erläutern:

Bisher zahlte ich für zwei Personen mittags einschl. 70 Pfg. für 2 Bier und Trinkgeld 4.90 Mk., abends einschl. 70 Pfg. für 2 Bier und Trinkgeld 3.90 Mk., zusammen 8.80 Mk. Heute muß ich, weil die Gasthausangestellten 10 Prozent vom Umsatz verlangen, ausgeben für Mittagessen und Bier ohne Trinkgeld 5.20 Mk., für Abendessen und Bier ohne Trinkgeld 4.20 Mk., zusammen 9.40 Mk. Pro Monat habe ich nun mit einer Mehrausgabe von 18 Mk. allein für Mittag- und Abendbrot zu rechnen. Dabei leistete ich mir nicht einmal ein Viertel Wein. Der Wein kostete bisher je nachdem 2.50 bis 3 Mk. Nach dem Aufschlag muß der Gast jetzt 2.75 bezw. 3 Mk. und 3.30 Mk. dafür entrichten. Wenn der Kellner oder die Kellnerin 30 Viertel Wein in einer Stunde vom Büfett bis zum 10 Schritte davon entfernten Tisch trägt, so bleibt ihnen bei einem Preise von 3 Mk. pro Viertel ein Verdienst von 9 Mk. die Stunde. Wie stellt sich denn ein Arbeiter, der 8 Stunden lang am Schraubstock steht, hierzu?

Es gibt hier verschiedene Restaurants, in denen nur Arbeiter und kleine Angestellte verkehren und die einen Umsatz von täglich 2000 bis 3000 Mk. zu verzeichnen haben. Die Kellnerinnen haben auf Kosten dieser kleinen Leute nach Abzug des Essens eine tägliche Einnahme von 60, 70, 80 und sogar 100 Mk. Warum geht man nicht dazu über, die Gasthausangestellten fest zu besolden, wie es in den kaufmännischen und anderen Betrieben auch der Fall ist? Der leidtragende Teil ist unter den vorhin geschilderten Verhältnissen immer wieder der kleine Mann. Am einsichtigen Publikum aus den weniger wohlhabenden Kreisen liegt es, gegen diese Neuerung aufs energischste zu protestieren.

Achtet auf ausreichende Briefaufschriften!

Ein oft beklagter Uebelstand macht sich im Postbetriebe neuerdings wieder empfindlich fühlbar. Die Vorschrift, daß in der Aufschrift der Postsendungen nach Berlin und anderen großen Orten Straße und Hausnummer, womöglich auch Stockwerke usw., angegeben sein müssen, bleibt leider sehr häufig unbeachtet. Allein beim Briefpostamt in Berlin gehen werktäglich rund 3600 gewöhnliche Briefsendungen ein, bei denen die Wohnungsangabe entweder ganz fehlt oder unvollständig oder unrichtig angegeben ist. Man stelle sich vor, welche ungeheure Mühe und welchen Aufwand an Zeit und teuren Arbeitskräften es erfordert, solche Massen von schlecht adressierten Briefen den Empfängern zuzuführen, und daß Verzögerungen dabei unvermeidlich sind, obwohl beim Briefpostamt dauernd 22 Kräfte mit Nachschlagungen in Adreßbüchern, Erkundigungen bei anderen Behörden und sonstigen zweckentsprechenden Ermittelungen usw. zur Unterbringung dieser Sendungen beschäftigt sind.

Abhilfe in diesem unerträglichen Zustand kann der Absender schaffen, wenn er es sich zur unbedingten Pflicht macht, bei Postsendungen nach großen Orten die genaue Wohnungsangabe des Empfängers hinzuzufügen, im Verkehr nach Berlin außerdem den Postbezirk (O, N, NO usw.) und tunlichst auch die Nummer der Bestell-Postanstalt anzugeben. Zur Erzielung solcher vollständigen Aufschriften können die Empfänger in den Großstädten, und zwar nicht allein Privatpersonen, sondern auch Behörden, Firmen, Banken usw., viel beitragen, wenn sie bei den von ihnen ausgehenden Postsendungen auf den Briefbogen, Umschlägen usw. der Ortsangabe ihre Straße und Hausnummer hinzufügen. Werden diese oft wiederholten Ratschläge nicht beherzigt, so würde die Postverwaltung, um sich der immer mehr zunehmenden Flut der Sendungen mit mangelhaften Aufschriften zu erwehren, kaum umhin können, zu einschneidenden Maßnahmen zu greifen. δ

Ferienaufgaben!

Aus unserm Leserkreise wird uns geschrieben: Wie oft schon wurde doch auf die Nachteile der Ueberbürdung von Schülern mit geistiger Arbeit, mit Hausaufgaben usw., hingewiesen. Meines Erachtens hätte es längst jedem Lehrer und auch jeder Lehrerin zum Bewußtsein kommen sollen, daß vielen Eltern an der Erhaltung geistiger Frische ihrer leider unterernährten Kinder gelegen ist. Nach meinen Erfahrungen und Wahrnehmungen der letzten Tage scheint die Notwendigkeit gewisser Schonung noch nicht allseitig zur Erkenntnis geworden zu sein; vielmehr glaube ich behaupten zu müssen, daß ein gewisser Ehrgeiz die Rücksicht auf der Schüler Gesundheit verschwinden läßt — wenigstens in den paar Fällen, die ich nun erwähne. Mein achtjähriges Kind, z. Zt. im 3. Schuljahr der „Bürgerschule“, hatte kürzlich an einem Tage zwei Aufsätze als Hausaufgabe aus dem Gedächtnis niederzuschreiben. Dies ist mindestens reichlich bemessen neben den anderen Aufgaben. Vor bald zwei Wochen wurde von der Klassenlehrerin „ein kleines, schönes“ Geschenk als Prämie versprochen für das „Auswendiglernen“ eines Gedichtes. Abgesehen von dem Umstand, daß die Preisverteilung wiederholt verschoben werden mußte, weil beim Abhören „noch zu Wenige“ beschlagen waren, halte ich gerade solchen Mißbrauch des Fleißes williger Kinder für außerordentlich unpädagogisch; nachteilig ist aber für das Kind die große Anstrengung, ein zuvor nicht besprochenes Gedicht von mehreren Strophen sich in kurzer Zeit einzupauken. Als ich nun heute vernahm, daß die gewiß strebsame Lehrerin von den Kindern eine Reihe von Ferienaufsätzen fordert über Dinge, die sie sehen oder erleben werden, empfand ich mit allen denjenigen Kindern Mitleid, die, statt ihre körperliche und geistige Mattigkeit durch Aufenthalt und Bewegung in der Luft während der ersehnten Ferien zum Ausgleich bringen zu können, sich nun mit der täglichen Sorge quälen müssen: worüber schreibe ich den nächsten, den übernächsten Aufsatz? Ferienaufgaben halte ich für eine verfehlte Maßnahme; doch will ich jedermann dankbar sein, der mir das Gegenteil beweist. **Ein Vater.**

* **Uebertragen** wurden dem Bahnverwalter Wilhelm Bender das Stationsamt Karlsruhe-West u. dem Postsekretär Ernst Keser aus Wallbach die Postsekretärstelle bei dem Postamt in Ueberlingen.

* **Die Werkmeisterprüfung für den bahn- und tiefbautechnischen Dienst.** Die Nachgenannten haben die im Juli d. J. abgehaltene Werkmeisterprüfung für den bahn- und tiefbautechnischen Dienst bestanden und gemäß § 8 der landesherrlichen Verordnung vom 4. September 1895, die Einführung einer Werkmeisterprüfung betreffend, das Prädikat Werkmeister erlangt: Franz Braunstein von Schutterwald, Johann Ewald von Großsachsen, Otto Filsinger von Bruchsal, Adam Haag von Palmar, Wilhelm Herbold von Gröhingen, Heinrich Hildebrandt von Adelsheim, Franz Kottler von Karlsruhe, Josef Porzelt von Schwetzingen, Richard Reinhold von Karlsruhe, Karl Ritter von Karlsruhe, Franz Seebacher von Bühlertal, Heinrich Siegrist von Großeicholzheim, Robert Thomas von Karlsruhe, Joseph Wölfle von Oberschwörstadt und Karl Wacker von Singen.

)(**Keine Oeffnung der österreichischen Grenze für den Fremdenverkehr.** In vielen Kreisen herrscht die irrige Meinung, die österreichische Grenze sei jetzt für den Fremdenverkehr geöffnet. Dem ist nicht so. Wer nach Vorarlberg will, benötigt einen Reisepaß mit Photographie. In diesem Reisepaß muß durch einen Vermerk der Friedrichshafener, Konstanzer oder Lindauer Grenzpolizeistellen die Ausreisebewilligung unter Vorlage zweier weiterer Photographien eingetragen sein. Unbedingtes Erfordernis ist auch die Einreisebewilligung seitens der Vorarlberger Landesregierung in Bregenz. Diese kann schriftlich eingeholt werden.

)(**Die Entlassungsanzüge.** Vom Generalkommando des 14. Armeekorps wird uns geschrieben: Die Bezirkskommandos würden sehr gerne alle berechtigten Wünsche erfüllen, wenn sie dazu in der Lage wären. Jedoch der Rohstoffmangel, verschärft durch die verlängerte Blockade, hat die Beschaffung der nötigen Stoffe verhindert, so daß nicht genügend Anzüge fertig gestellt werden konnten. Mit allen Mitteln wird trotzdem versucht, zu helfen, soweit es irgend möglich ist. Berechtigt sind zum Empfang auch alle Rentenempfänger, die nach dem 1. Juli 1916 entlassen sind. Früher Entlassene kommen für die Anspruchsberechtigung nicht mehr in Frage. Ist die Entlassung aus dem Heere in der Zeit vom 1. Juli 1916 bis 9. November 1918 erfolgt, die Versorgungsberechtigung aber erst später, also nach dem Entlassungstage, anerkannt, so erwirkt der Entlassene mit dieser Anerkennung nachträglich den Anspruch auf den Entlassungsanzug. Bevorzugt sollen werden unsere zurückkehrenden Kriegsgefangenen und besonders Bedürftige mit niederem Einkommen. (Diese müssen eine Bescheinigung des Bürgermeisters über Höhe des Einkommens beibringen.) Die Bezirkskommandos führen Listen über die Anforderungen und geben dem Berechtigten Nachricht, sobald für ihn ein Anzug bereit liegt. Bis dahin heißt es Einsicht und Geduld haben.

ζ **Kranzniederlegung.** Am heutigen Todestage des Oberbürgermeisters Martin wurde von der Stadtgemeinde ein Kranz am Grabe niedergelegt.

ζ **Bund für Dreigliederung des sozialen Organismus.** Gelegentlich der Aufstellung von Richtlinien für die Einführung von Betriebsräten in Mannheim, sieht sich der Bund für Dreigliederung veranlaßt, ebenfalls seine Stimme zu erheben, um darzulegen, wie er sich die Stellung der Betriebsräte und die auf sie aufgebaute oberste Wirtschaftsordnung vorstellt. Zu diesem Zwecke wird morgen Donnerstag im Kasinosaal, R 1, 1, ein Vortrag mit freier Aussprache stattfinden — Redner Herr Emil Leinhas aus Stuttgart — in dem über das Thema: „Die Mannheimer Betriebsräte und die Dreigliederung“ eingehend gesprochen werden wird. (Weiteres siehe Anzeigenteil.)

* **Die Lohnbewegungen der Textilarbeiter Badens** ist in ein ruhiges Stadium eingetreten. Ein Manteltarifvertrag mit Branchegliederung wurde zwischen dem Verband der Textilindustriellen Badens und dem Zentralverband christl. Textilarbeiter Deutschlands sowie dem freien Textilverband am Freitag in Freiburg nach einer Sitzungsdauer von zehn Stunden abgeschlossen. Der Vertrag bringt der Arbeiterschaft wesentliche Verbesserungen im Lohn, während er andererseits auch der Industrie die Möglichkeit einer Weiterexistenz sichert. Er hat Geltungsdauer bis 1. März 1920, wo er erstmals auf 6 Wochen gekündigt werden darf.

× **Mit der Aufhebung der badischen Fischversorgung** befaßte sich eine Ende letzter Woche in Konstanz abgehaltene Versammlung von Vertretern der badischen, bayerischen und württembergischen Regierungen und der Fischereigenossenschaften. Die bayerische, wie die württembergische Regierung hatten im Auftrag ihrer Fischerei-Interessenten den Antrag auf Freigabe des badischen Bodenseefischhandels gestellt. Diesem Antrag wurde von den badischen Fischern widersprochen, weil dann die badischen Fangergebnisse restlos nach den anderen Uferstaaten ausgeführt würden. Deshalb wurde von den badischen Fischern die Beibehaltung der bisherigen Bewirtschaftung der badischen Fangergebnisse vertreten.

ζ **Gegen die Sonntagswanderfexerei** richtet sich folgende Zuschrift, die uns aus unserem Leserkreise zugeht: In den letzten Tagen ging durch die hiesigen Zeitungen ein „Mahnwort an die Eltern unserer wandernden Jugend“. Es ist lebhaft zu begrüßen, daß hier einer Unsitte und einem moralischen Tiefstand entgegengetreten wird, wie sie sich leider während des Krieges ganz erschreckend entwickelt haben. Das Mahnwort der Vereinigung Hamburger Wanderbünde kann nicht genug gepredigt werden, nicht allein den Eltern, nein insbesondere der Jugend selbst müßte hier geholfen und Wege gezeigt werden. Bedauerlicherweise ist es jedoch zu einer üblen Angewohnheit geworden, all diese Anschuldigungen schlechterdings den Wandervögeln kurzweg in die Schuhe zu schieben. Wer den wahren Charakter und das Wesen des Wandervogels kennt, muß sich entschieden gegen diese Unwahrheit wenden. Sie ist des öfteren schon in solchen Aufrufen gegen ihn gesagt worden und es ist an der Zeit, ihr endlich einmal die Spitze zu brechen. Sind dem Wandervogel sowieso schon beliebte Ausflugsorte, bekannte Rastplätze usw. verpönt, so verachtet er den Timtam und Firlefanz der Sonntagswanderfexe noch weit mehr. Er kennt keine Zipfelmütze, viel weniger unsittliche Lieder und dergl. Kram, nein, er hat all dieser widersinnigen Unnatürlichkeit den Kampf angesagt und in der Jugendbewegung Werte geschaffen, wie kaum eine andere Bewegung ähnlicher Art. Daß er allerdings Kragen und Binder, Stock und Hut, Wirtshaus und Pfeife schmäht, das ist [illegible] nicht zur Kritik des Anstands angetan.

* **Großhandel mit Obst und Südfrüchten.** Die badische Gemüseversorgung gibt bekannt, daß es künftig zum Großhandel mit Gemüse, Obst und Südfrüchten keiner besonderen Genehmigung mehr bedarf. Zur Einfuhr von Obst, Gemüse und Südfrüchten aus dem Ausland ist nach wie vor die Einfuhrerlaubnis erforderlich.

* **Die Heidelbeer-Ernte,** die jetzt überall sich ihrem Ende nähert, hat vielen [illegible] heuer einen enormen Geldregen gebracht, wie er in diesen Gegenden bisher noch nie erlebt wurde. Die reiche Ernte ermöglichte bei den hohen Preisen, die für die so sehr gesuchten Beeren gezahlt wurden, Einnahmen, die alles bisher Dagewesene weit in den Schatten stellen. Die Heidelbeerpflücker konnten ihre tägliche Sammlung meistens unmittelbar an die zu Hunderten erschienenen privaten Käufer aus Stadt und Land zu dem hohen Preise von 1,20 bis 1,50 Mk. verkaufen und erzielten so oft Tageseinnahmen von über 20 Mark. Die Kinder, die zugleich der Heidelbeer-Ernte ihre besonderen Schulferien erhalten, stellten das Hauptkontingent der Sammler. Aber auch die Erwachsenen zogen in Scharen in die Wälder, wo stundenlang sich die Heidelbeerflächen ausdehnen. Zahlreiche Familien erzielten nicht selten Tageseinnahmen von 100 Mk. und mehr. Manche Familie brachte so ein Kapital von mehreren tausend Mark in wenigen Wochen zusammen. Die Gesamteinnahmen, die einzelne bekannte Odenwaldgemeinden aus der diesjährigen Heidelbeer-Ernte erzielte, beziffert sich auf mehrere Hunderttausend Mark.

ζ **Das Fest der silbernen Hochzeit** feiert am Montag, 18. Aug., Herr Karl August Pfannstiehl mit seiner Gemahlin geb. Künzler, U 1, 26. Herr Pfannstiehl ist an diesem Tage 25 Jahre Bezieher unseres Blattes. Wir entbieten ihm anläßlich dieser Feier herzliche Glückwünsche.

Polizeibericht vom 13. August (Schluß).

Drei Körperverletzungen, verübt im alten Rathaus, F 1, 5, durch Schlagen mit Schirmen und Stöcken, in einem Straßenbahnwagen am Paradeplatz durch Schlagen mit der Faust und in der 15. Querstraße Nr. 9 durch Schlagen mit einem Messer, sind zur Anzeige gelangt.

Verhaftet wurden 16 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen, darunter ein Taglöhner von hier wegen Zuhälterei, eine Frauensperson von Großsachsen wegen Kuppelei, ein Artist von Freiburg, ein Rangierer von Edingen und ein Luftschiffer von Mülhausen, alle drei wegen Diebstahls, und ein Händler von Friesenheim wegen Schleichhandels.

„Wenige Menschen haben eine Vorstellung von der weit und breit wissentlich und unwissentlich betriebenen Falschmünzerei in Worten. Für sie ist das Wort, wie der Appell für den Hund — und wenn sie z. B. das Wort „Freiheit“ hören, klatschen sie in die Hände. Wie der Hund auf den Zuruf: „Such verloren!“ in allen Winkeln herumschnuppert, und wie der Hund dabei von der Voraussetzung ausgeht, wenn ihm zugerufen werde: „Such verloren!“, müsse etwas zu suchen sein, wenn auch nichts zu suchen ist — so gehen sie von der Voraussetzung aus, wenn das Wort „Freiheit“ ertöne, müsse etwas Herrliches, müsse die Freiheit bezeichnet sein, die sie meinen; während damit etwas bezeichnet sein kann, was das gerade Gegenteil von dem ist, was sie Freiheit nennen.“

H. Leo, „Nominalistische Gedankenspäne, Reden und Aufsätze“. Halle 1864 S. 1.

*

Wie schön bist du, Natur!

Von Gustav Schröer.

(Nachdruck verboten.)

Hans Eberlein war von Jürgen Stärkrade eingeladen worden, die Ferien im Hainauer Pfarrhause zu verleben und hatte versprochen zu kommen. Einfach darum hatte er zugesagt, weil er neugierig war; denn Jürgen Stärkrade erzählte von seinem Daheim, als gäbe es in allen vier Himmelsrichtungen nirgends wieder ein Hainauer Pfarrhaus. Es war ein Schwärmer, Hans Eberlein dagegen ein nüchterner Kopf, den das Schicksal in die Steinwüste der großen Stadt verschlagen hatte. So vermochte er, wenn von den Schönheiten draußen in Wald und Heide, zwischen See und Sumpf die Rede war, nicht recht mitzukommen. — —

Es war ein lachend klarer Junitag, an dem er auf dem Hainauer Nachbarbahnhofe ausstieg. Da er sich nicht angemeldet hatte, konnte er schon vom Bahnhofe aus abenteuerlustig in die Wiesen hinein schlendern, dem niedrigen Höhenzuge zu, hinter dem Hainau liegen sollte. In den frühen Morgenstunden war ein Regen herniedergegangen. Die Luft trug Duftwellen aus den Gärten am Wege herüber. Die Blumen standen da wie diamantstrahlende Körbchen in einer Lichtfülle, die blendete. Vögel prahlten mit ihrem frisch gewaschenen Kleide, und die Menschen, die Hans Eberlein begegneten, schritten einher wie Herren. Im Laubwalde klang der Tropfenfall fein, harmonisch gestimmt, gleich silbernen Glöcklein, und die Sonnenstrahlen, die durch das blitzende Grün brachen, waren wie leuchtende Speere, die ein königlicher Kämpfer schwang.

Die Freude sprang in des jungen Wanderers Herzen hoch auf, so lachend frei, daß er den Hut in den Nacken schiebend, die schlanke Gestalt recken mußte, das lockige Haupt in Licht und Duft zu baden. Da kam ihm zwischen den Stämmen ein Lied entgegen. „Wer recht in Freuden wandern will.“ Zwei Männerstimmen, edeltönend wie lauteres Glockenerz, und eine Frauenstimme, die sich den anderen, die Melodie führend, harmonisch zum Dreiklange fügte. Die Bäume nahmen den Sang in die Arme, wiegten ihn wohlgefällig einen Augenblick und schwangen ihn hinauf.

Und mitten im Sange ein jauchzendes: „Hallo, Holdeio! Hans Eberlein!“ Jürgen Stärkrade hielt ihm die Hand entgegen, grüßte ihn mit strahlenden Augen, und machte ihn Vater und Schwester bekannt. Der Pfarrer war nur einen Strich kleiner als sein Sohn und dessen Freund, und Inge Stärkrade, der lauter goldene Lichter über den Scheitel zuckten und ein warmer Schein in den breitbewimperten Blauaugen saß, reichte dem Bruder gut über die Schulter hinaus.

„Wir haben Sie nicht suchen wollen,“ sagte Pfarrer Stärkrade, „da wir Sie aber gefunden haben, ist es umso schöner. Sie hätten, wenn wir uns fehlgingen, den ganzen Tag mit meiner Frau allein zubringen müssen, und wenn ich auch meiner treuen Hausehre durchaus nicht nachsagen will, daß sie Ihnen nichts zu geben vermocht hätte, so sind Sie doch nicht gekommen, um mit Pfarrersfrauen zu plaudern, sondern Sie wollen schweigen. — Nun wollen wir vorerst mal umkehren.“

Hans Eberlein aber wehrte ab. Er tue mit, gleich, was sie sich vorgenommen hätten.

„Inge, sage, was haben wir uns vorgenommen?“ wandte sich der Vater an das schlanke Mädchen.

„Gar nichts,“ sagte Inge Stärkrade. „Wir genießen!“

„Ja,“ fügte der Pfarrer hinzu, „genießen! Hat das Wort nicht einen goldigen Klang? Sie finden bei uns nichts als Natur, und sehen Sie, so kindisch sind wir, daß wir der guten alten Mutter jeden Tag ein neues abschmeicheln. Für uns ist sie nie übel gelaunt, heute aber hat sie geradezu Festtagsstimmung. — — Daheim bedarf es keiner Vorbereitung. Wenn wir kommen, sind wir da. Mutter ist nie zu überraschen. Also wandern wir.“

Sie schritten tiefer hinein in die schimmernden Waldhallen. Inge Stärkrade und ihr Bruder stimmten an: „Durch Feld und Buchenhallen, bald singend, bald fröhlich still,“ und Hans Eberlein ging es, wie es im Märchen geht. Es platzte ein Reifen, der um sein Gemüt gelegen, und nach einer und nach einer, und als die Last von ihm gefallen war, da war er ein sonniger glücklicher Mensch.

An der Blutbuche, einem Baumriesen, über den tausend Gewitter gestürmt waren, standen sie, breiteten ihre Arme aus und vermochten zu dritt eben den mächtigen Stamm zu umspannen. Pfarrer Stärkrade setzte sich auf einen Baumstumpf und erzählte von Kampf und versunkener Zeit, von Blut, das der Grund aus hundert Adern getrunken, da Vogt und widerspenstige Ritter auf dem Plane die Klingen gekreuzt.

Auf einer Berghalde trafen sie einen alten Mann beim Stöckeroden.

„Schwere Arbeit, Christian,“ sagte der Pfarrer.

„Na, Herr, nit schwer, und schöner als da in der Bärleite ist's allemeg nit.“

„Christian,“ sprach Inge scherzend, „wenn ich Euch vor die Wahl stellte: Stockmacher in Hainau, Brot und Wasser zum Frühstück und am Abende einen Wurstzipfel oder — Hausbesitzer drinnen in der Stadt, ein schmuckes Haus, Christian, hm?“

„Stockmacher,“ fiel der Alte lustig ein, „Pfarrfräulein, der Wald geht nicht mit und die Amseln nit, und ich hab' mir eh oft gedacht, daß ich drin in der Stadt gar den Herrgott nit spüren tät.“

Ein Bach sprang klingend aus einer Felsenpforte. Pfarrer Stärkrade sagte, der Bach sei seine Herrgottsorgel. Da an den Grauwackeköpfen habe er da Prinzipal gezogen, unter den Erlen dort spiele er die Aeoline, und am Wasserfalle lasse er das volle Werk brausen und hallen.

Ein Berghang warf seinen mächtigen Nachmittagsschatten auf einen [illegible] Wiesenplan. Da [illegible] sie und rückten, sich am Rande des Schattens haltend, lachend mit ihm launig weiter hinaus.

Auf dem Heimwege, der sie von den Höhen ins Tal hinab durch mondscheinüberrieselten Wald führte, stimmte Pfarrer Stärkrade an: „Wie groß ist des Allmächt'gen Güte!“ Hans Eberlein hatte kein spöttisches Zucken in den Mundwinkeln. Er sang, und es war ihm Gottesdienst.

Von dem letzten Vorsprunge aus sahen sie Hainau am Rande des Hainauer Sees liegen. Das Mondlicht floß über die Dächer, es schwang auf den schwachbewegten Wellen des Sees wie die Töne frommer Musik. Ueber den See empor quirlten Nebel, und aus dem Bruche zu Seiten des Wassers wehten silberglänzende Schleier. Von der harten Landstraße herüber hallte hastiger Hufschlag.

Da trat Jürgen Stärkrade einen Schritt heraus, neigte sich ein wenig dem Tale entgegen und trug mit schwingender Stimme Goethes Erlkönig vor. Hans Eberlein war es, als schaffe der schlanke, lichtüberglänzte Mensch das Meisterwerk eines Großen.

Als die Wanderer ins Hainauer Pfarrhaus traten, sagte der lachende Pfarrer: „Das war der Auftakt. Es kommt noch viel mehr.“

Hernach saßen sie noch auf eine Stunde in der Laube zusammen. Das Rauschen des Sees klang leise herüber, die Rosen dufteten, und der Himmel feierte.

MARCHIVUM

Vereinsnachrichten.

ℰ **Eine Ortsgruppe des Deutsch-österreichischen Volksbundes mit dem Hauptsitze in Dresden** wurde in einer am Samstag stattgefundenen Versammlung nach lebhafter Debatte gegründet. In den Vorstand wurden einstimmig die Herren Hans Melansek, Ingenieur der Firma Brown, Boveri u. Co. A.-G., und Leopold Rennert in Firma Gebrüder Rennert, Großhandlung, gewählt. Das Bestreben der hiesigen Ortsgruppe ist der gemeinschaftliche Zusammenschluß aller deutschdenkenden Landsleute sowie Inschutznahme derselben.

× **Der Verband badischer Dentisten** mit dem Sitz in Karlsruhe hielt vor kurzem in Achern eine erweiterte Vorstandssitzung unter der Leitung des 1. Vorsitzenden, Dentisten Karl Merk, Achern, ab. Im Vordergrund der Beratung und der Diskussion stand die Frage der Schaffung eines Dentistenstandes, der unbedingt einer auf die Reichsversicherungsordnung sich stützenden gesetzlichen Festigung bedarf. Das Wort von der „freien Bahn für den Tüchtigen" soll auch für den Dentistenstand gelten, aber nur ein geprüfter Dentistenstand, dessen Angehörige aufgrund einer behördlichen Prüfung ihren Befähigungsnachweis erbracht haben, könne den breitesten Volksschichten, den Hunderttausenden von Kassenmitgliedern, eine ausreichende und wirksame Hilfe leisten. In den Verhandlungen wurde darauf hingewiesen, daß das hessische Ministerium des Innern im März ds. Js. über die Prüfung von Zahntechnikern eingehende Vorschriften erlassen hat und es wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß auch das zuständige badische Arbeitsministerium im Interesse einer sachgemäßen Zahnpflege Prüfungsbestimmungen für die badischen Dentisten erlassen wird. Auch die Frage des Lehrlingswesens wurde einer eingehenden Beratung unterzogen. Die Delegierten zur Generalversammlung des Verbandes der Dentisten im Deutschen Reich wurden angewiesen, für die Errichtung eines Fortbildungsinstituts in Süddeutschland, tunlichst in Mannheim, einzutreten, nachdem das Straßburger Institut weggefallen ist. Für die Bearbeitung verschiedener Materien wurden Ausschüsse gebildet. Das Amt eines juristischen Beraters des Verbandes Badischer Dentisten wurde Rechtsanwalt Otto Geier in Karlsruhe übertragen.

Aus Ludwigshafen.

⊙ **Eine Frauenschule für Ludwigshafen.** Seit einiger Zeit sind hier die Vorarbeiten zur Gründung einer allgemeinen Frauenschule im Gang. Sobald die Hindernisse, die der Verwirklichung des Planes entgegenstehen, beiseite geräumt und die größten Schwierigkeiten überwunden sind, wird die Oeffentlichkeit mit der Angelegenheit befaßt werden. Es ist in Aussicht genommen, die Frauenschule noch in diesem Spätjahre zu eröffnen.

Kommunales.

)(**Ettlingen**, 12. August. Der Gemeinderat beschloß, die Tagesgebühren des Bürgermeisters und der Gemeinderäte für auswärtige Dienstgeschäfte wegen der allgemeinen Verteuerung der Verpflegung auf 30 Mark im Tage festzusetzen. Beanspruchen die auswärtigen Geschäfte weniger als sechs Stunden, so soll sich die Gebühr auf die Hälfte ermäßigen, dagegen, falls eine Uebernachtung nötig wird, um die Hälfte erhöhen.

* **Offenburg**, 11. Aug. Die Stadtverordnetensitzung vom Freitag bewilligte einen neuen Kriegskredit von 850 000 Mark. Beschlossen wurde ferner, die Preise der städtischen Werke zu erhöhen und zwar wie folgt: Gas 40 Pfg., Lichtstrom 70 Pfg., Kraftstrom 35 Pfg., Wasser 20 Pfg. Das Schulgeld der höheren Mädchenschule wurde von 48 auf 60 Mark erhöht. Ebenfalls wurden die Schlachthausgebühren erhöht. Allgemeine Klage wurde darüber geführt, daß die Milchversorgung Offenburgs sehr im Argen liegt. Die Ursache wurde in der Minderablieferung der Landwirte erblickt. Oberbürgermeister Hermann trat für die Aufhebung der Zwangswirtschaft ein. Ferner wurden eine Vierteilmillion Mark Ausgleichszulagen für Beamte und Lehrer bewilligt. Ein während der Sitzung eingebrachter Antrag, das Gehalt des Oberbürgermeisters auf 12 000 Mark zu erhöhen und ihm eine Teuerungszulage von 3000 Mark zu gewähren, wurde auf die nächste Sitzung verschoben.

+ **Darmstadt**, 12. Aug. Eine Lohn- und Gehaltsbewegung schwebt z. Z. bei den städtischen Arbeitern, Lehrern, Beamten und Hilfsbeamten. Die Arbeiter verlangen für die Monate Mai bis September eine tägliche Teuerungszulage von 3 Mark. Nach den bisherigen Verhandlungen verhält sich die städtische Verwaltung ablehnend, doch haben die Arbeiter, wie uns mitgeteilt wird, ein Ultimatum gestellt, nach dessen ergebnislosem Ablauf sie alsbald weitere Maßregeln ergreifen wollen. Die Beamten und Lehrer rc. fordern eine einmalige Teuerungszulage von 1000 Mark resp. 500 Mark für die Anschaffung von Holz, Kartoffeln rc. zum Herbst. Die Verhandlungen hierüber sind anscheinend noch nicht abgeschlossen.

Aus dem Lande.

ℰ **Wiebligen**, 11. August. Der hiesige Gesangverein „Liederkranz" hielt am gestrigen Sonntag sein 12jähriges Stiftungsfest, verbunden mit einem Strandfest, ab. Bei dem herrlichen Wetter waren eine größere Anzahl Gesangvereine von nah und fern erschienen, um sich auf dem herrlich gelegenen Festplatz am Neckar einige Stunden Erholung zu gönnen. Nach einem von Herrn Musikdirektor Gustav Dauer aus Mannheim geleiteten Gesamtchor, an dem sich gegen 400 Sänger beteiligten, trug jeder Verein ein Lied vor. Man hörte recht schöne Leistungen. Auch sonst war für Unterhaltung aller Art gesorgt, so daß jeder auf seine Rechnung kam. Eine „italienische Nacht" schloß das Fest.

)(**Heidelberg**, 12. Aug. Aus dem Keller des Akademischen Krankenhauses wurden Lebensmittel gestohlen, darunter 50 Eier, Speck, Marmelade usw. Als Täter konnte ein Heizer aus Schatthausen, der als Wächter im Krankenhaus angestellt war, verhaftet werden.

)(**Hockenheim**, 12. Aug. In der Nacht von Donnerstag auf Freitag wurde in die Zigarrenfabrik von Alb. Levison eingebrochen und etwa 60 Kilo Deckblatt im Wert von etwa 12 000 Mk. gestohlen.

)(**Karlsruhe**, 12. Aug. Der Einsturz des Neubaues der Reutlingerschen Möbelfabrik ist nach dem übereinstimmenden Gutachten aller Sachverständigen auf die minderwertige Qualität des beim Bau verwendeten Zements zurückzuführen, was bei dem chronischen Kohlenmangel nicht zu verwundern ist. Der Schaden stellt sich übrigens als bedeutend niedriger heraus, da der Neubau nicht vollständig abgetragen werden muß.

)(**Ettlingen**, 12. Aug. Die Zigeunerplage macht sich wieder bemerkbar. In der Nähe von Schielberg am Waldesrande hatte sich so ein fahrendes Volk niedergelassen. Im Orte ereignete sich ein größerer Gelddiebstahl. Der Verdacht fiel auf die Zigeunerbande. Alles, Groß und Klein, Männlein und Weiblein, bewaffnete sich, lt. „Bad. Landsmann", mit Flegeln, Gabeln u. dergl., und aus gings zum Kampf gegen die Söhne des Südens. Diese wollten sich anfangs wehren, fügten sich aber schließlich der Uebermacht. Alle mußten einzeln antreten zur Untersuchung. Bei einem wurden 60 ℳ gefunden. Schließlich stellte sich heraus, daß ein männliches Mitglied der Gesellschaft fehlte. Dieses hatte sich mit dem geraubten Gelde ohne Zweifel aus dem Staube gemacht, sodaß das bürgerliche Aufgebot resultatlos verlief.

× **Freiburg**, 12. Aug. Der Arbeitsausschuß der Elternvereinigung an der Höheren Mädchenschule übermittelte dem Unterrichtsministerium eine Entschließung, in der gewünscht wird, daß die Zusammensetzung der Schulbeiräte in der Weise geändert werde, daß er zu zwei Dritteln aus Eltern von Schülern der Anstalt besteht. Die bisherige Vertretung der Eltern im Schulbeirat wird für ungenügend erklärt.

× **Unterkirnach bei Villingen**, 12. Aug. Heidelbeersucher aus Schwenningen waren in einem hiesigen Privatwald von dem Besitzer aufgefordert worden, den Wald zu verlassen, weil er das Beerensammeln verboten hatte. Daraufhin banden die Beerensucher den Mann an einen Baum, in welcher Lage er eine ganze Nacht hindurch ausharren mußte. Andere Beerensucher, durch seine Rufe angelockt, befreiten ihn.

* **Singen**, 12. Aug. Die 25 Jahre alte, hier in Diensten stehende Elise Ellensohn wollte sich nach ihrer Heimat Neuhausen (Amt Engen) begeben. Sie bemerkte auf der Station Sommerau, daß sie in eine falsche Wagenklasse eingestiegen war und wollte schnell die Klasse wechseln. Sie geriet dabei unter den inzwischen in Gang gekommenen Zug, der ihr beide Beine abfuhr.

* **Waldkirch**, 12. Aug. Dieser Tage starb unerwartet an den Folgen eines Blutsturzes Herr Gastwirt Max Merkle, der Besitzer des weithin bekannten Hotels „Löwen-Post", im Alter von 74 Jahren. Mit ihm ist ein angesehener, strebsamer Geschäftsmann und Bürger dahingegangen.

× **Radolfzell**, 12. Aug. Zu dem Untergang des Dampfbootes „Radolfzell" mit seiner reichen Kartoffelladung wird noch berichtet, daß die Ursache des Sinkens darin zu suchen sein dürfte, daß infolge der großen Hitze der gewöhnlich über Wasser liegende Teil des Schiffsrumpfs leck wurde, bei der großen Belastung dann unter Wasser kam, wodurch sich das Schiff, das überdies ungleich geladen war, mit Wasser füllte. Außer dem Bedienungspersonal befanden sich auch einige Reisende an Bord, die in Rettungsgürteln schwimmend von Reichenauer Fischern aus dem nassen Element herausgefischt wurden. An eine Hebung des gesunkenen Schiffes ist kaum zu denken.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

p. **Bad Dürkheim**, 12. August. Auf Grund der verlockenden Anzeigen zu der Kirchweihe am letzten Sonntag zeigte die Gendarmerie in dem benachbarten Weinorte Ungstein, in dem es bekanntlich durch die horrenden Weinpreise fast keine Leute mehr gibt, die ein Vermögen unter 100 000 Mk. aufweisen, ein lebhaftes Interesse für die Küchen namentlich der Wirte. In der Wirtschaft Goller wurden erhebliche Schwarzschlachtungen festgestellt. Mehrere Kälber und ein Rind waren das Kirchweihopfer. Die Bauern wollten sich die Beschlagnahme nicht gefallen lassen und rotteten sich in einer Anzahl von 200 Mann zusammen. Die Polizei und Gendarmerie sah sich schließlich zur Vermeidung eines Landfriedensbruches genötigt, das nach Dürkheim zu bringende beschlagnahmte Fleisch vorläufig bei einem Ungsteiner Metzger in Verwahrung zu geben. Bei der Kontrolle am Montag fehlten verschiedene Stücke des Fleisches und der Metzger spielte den Dummen. Auf der Kirchweihe selbst wurden 6 bis 7 Mark für den halben Liter Wein gefordert.

⊙ **Aus der Pfalz**, 13. Aug. Der Streik der Brauereiarbeiter der Firmen Gebr. Mayer und Treiber in Oggersheim ist seit gestern beendigt. Die Lohnforderung der Arbeiter wurde bewilligt, dagegen die Entschuldigungssumme fallen gelassen. — Die Maler- und Tünchergehilfen in Frankenthal und Speyer sind in eine Lohnbewegung eingetreten. In Speyer wurden die Forderungen bewilligt, während in Frankenthal die Verhandlungen noch schweben. — Der 21 Jahre alte Ludwig Fischer in Lambsheim wurde am letzten Sonntag in der Erpolsheimer Gemarkung beim Schwämmesuchen mittels Militärgewehr in den rechten Beckenknochen angeschossen. Fischer wurde lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus nach Frankenthal verbracht. Der Schuß soll von einem Erpolsheimer Manne abgegeben worden sein. — Einen teueren Kartoffeldiebstahl erlaubte sich der Neustadter Kaufmann Karl Kronberger im St. Martiner Tal bei Edenkoben. Als ein Feldschütze auf dem Acker des Bestohlenen die Untersuchung des Diebstahls aufnahm, fand er auf dem Acker eine Brieftasche mit der Identitätskarte und neben anderen Papieren einen Tausendmarkschein. — Vier Burschen aus Annweiler verursachten in den Abendstunden in Queichhambach einen ruhestörenden Lärm und wurden deshalb vom Adjunkten Rees zur Ruhe aufgefordert. Ueber diese Zurechtweisung aufgebracht, fielen sie über den Adjunkten her und versetzten ihm einen Messerstich in die Lunge. Die Täter wurden verhaftet. — Von einem Lastauto überfahren und getötet wurde der 8jährige Benno Rieger in Kaiserslautern. — Beim Barfußlaufen zog sich das 8jährige Söhnchen des Buchbindermeisters Friedrich in St. Ingbert eine kleine Verletzung zu, die zu einer Blutvergiftung führte, der der Junge nach 8 Tagen erlag. — Tausend Meter Kupferdraht im Gewicht von nahezu 4 Zentnern wurde in der Gemarkung Altrip zum Nachteil der pfälzischen Ueberlandzentrale gestohlen. An der Stelle werden zurzeit Leitungsmaste ausgewechselt, und der Drahtlose an den Masten hing. Der gestohlene Draht hat einen Wert von etwa 1200 Mark.

p. **Worms**, 12. August. Aus dem Rheine wurde die Leiche der Eleonore Sander geländet, die vor etwa acht Tagen den Tod im Rheine gesucht hat.

⊙ **Mainz**, 11. Aug. Zur Bekämpfung der drohenden Not an Heizstoff beabsichtigt man in Hessen, zu einer stärkeren Ausbeutung der Torflager überzugehen. Nachdem die Torflager bei Pfungstadt und Lorsch erhebliche Mengen liefern, sollen auch die Torfstiche bei Roßdorf und Gundernhausen wieder in Betrieb genommen werden.

Sportliche Rundschau.

ℰ Der Gau 5 Mannheim des „Bundes deutscher Radfahrer" veranstaltete am Sonntag von Karlsruhe über Bruchsal-Graben nach Karlsruhe = 51,5 Km., ein 4er Mannschaftsfahren. Von 5 gemeldeten Vereinen starteten vier. Die einzelnen Vereine erzielten folgende Zeiten: Radfahrer-Verein „Schwalbe" Ettlingen 1 St. 38 Min. 30 Sek., Radfahrer-Club „Sturm" Pforzheim-Brötzingen 1 St. 41 Min. 20 Sek., Radfahrer-Verein Dill-Weißenstein 1 St. 57 Min. 30 Sek., Radfahrer-Club „Germania 1892" Durlach 2 St. 7 Min. 30 Sek. Dem Rennen schloß sich eine Delegierten-Sitzung an, der ein Vertreter des Bad. Landesausschusses für Leibesübung und Jugendpflege beiwohnte. Dessen Ausführungen fanden großes Interesse. Es wurde der korporative Beitritt zum Bad. Landesausschuß beschlossen. Die am Nachmittag folgende gesellige Unterhaltung mit Tanz hielt die zahlreich erschienenen Sportsjünger mit ihren Damen bis zum späten Abend zusammen. Der nächste Wettbewerb findet am 14. September in einem 1er Preisfahren von Mannheim—Karlsruhe—Mannheim für den Nordbezirk und von Karlsruhe—Mannheim—Karlsruhe für den Südbezirk statt.

* **Die Heilbronner Rudergesellschaft Schwaben** wird ihre nächstjährige Regatta, die 23. in dem 40jährigen Bestehen der Gesellschaft, am Sonntag, den 11. Juli 1920 abhalten.

Wirtschaftliche Maßnahmen.

Die Lage des badischen Arbeitsmarktes.

Die Lage des Arbeitsmarktes in Baden ist weiterhin durch den anhaltenden Kohlenmangel und durch das Fehlen von Rohtabak ungünstig beeinflußt. Der in der Woche vom 27. Juli bis 2. August eingetretene kleine Rückgang in der Erwerbslosigkeit hat nicht angehalten. Es ist leider wieder eine Zunahme in der Zahl der Arbeitslosen festzustellen. In der ersten Augustwoche waren in Baden 11 834 Erwerbslose vorhanden, denen in der Vorwoche nur 11 754 gegenüberstehen; es ist mithin wieder ein Mehr von 70 Erwerbslosen zu verzeichnen. Betriebseinschränkungen mußten wegen Kohlenmangels bei einem Betrieb in Offenburg vorgenommen werden, wodurch 90 Arbeiter, darunter 13 Frauen zur Entlassung kamen. Wegen Fehlens von Rohtabaken mußte eine Zigarrenfabrik in Bammental 60 Frauen entlassen. Bei der Volkswehr in Karlsruhe wurde 400 Mann gekündigt. Gegenüber dieser Erwerbslosigkeit macht sich in einzelnen Industrien auch ein Mangel an Arbeitskräften bemerkbar. So konnte in der Bekleidungsindustrie der große Bedarf an Schneidern und Schuhmachern bei weitem nicht gedeckt werden. Für die Holzindustrie werden gleichfalls noch Möbelschreiner, Wagner, Küfer und Holzbildhauer in größerer Zahl verlangt. Wie sich die Lage im Baugewerbe in der nächsten Zeit gestalten wird, ist noch unklar. Nachdem bereits jetzt schon eine große Anzahl von Maurern und Zimmerleuten gesucht werden, andererseits aber auch bereits eine größere Anzahl Meldungen aus diesen Berufsklassen für Arbeitsannahme im Aufbaugebiet für Nordfrankreich vorliegen, ist eine äußerst ungünstige Arbeitsmarktlage im Baugewerbe für die nächste Zukunft zu erwarten. Der Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitern und Knechten konnte wieder nur knapp gedeckt werden.

Keine Aufhebung der Beschlagnahme von Branntwein aus Klein- und Obstbrennereien.

Bekanntlich ist durch die Badische Landwirtschaftskammer in Gemeinschaft mit dem Landesverband badischer Klein- und Obstbrenner, ferner von den Vereinigten Verbänden der deutschen Klein- und Obstbrenner, welchen der Landesverband angeschlossen ist, eine neue Eingabe wegen gänzlicher Aufhebung der Verordnung vom 24. 2. 17, Beschlagnahme von Branntwein aus Klein- und Obstbrennereien betr., an das Reichsernährungsministerium in Berlin gerichtet worden. Die Eingabe ist nun leider abermals abschlägig beschieden worden, trotz ausführlicher begründeter Darlegungen. Um die Beteiligten nun vor Unannehmlichkeiten und Schaden zu bewahren, möchten wir, so wird uns vom Landesverband badischer Klein- und Obstbrenner geschrieben, dringend empfehlen, den Branntwein, insoweit er der Ablieferungspflicht unterliegt und von der Sammelstelle der Reichsbranntweinstelle Karlsruhe nicht freigegeben wird, nach deren Weisung abzuliefern, andernfalls gemäß § 2 Absatz 3 der betr. Verordnung und außerdem gemäß § 10 Absatz 1 Bestrafung erfolgt, ferner die Einziehung des Branntweins verfügt werden kann. ℰ

Handel und Industrie.

Zum Wiederbeginn des Börsenhandels.

P. Mannheim, 12. August.

Ueber 5 Jahre ist der deutsche Börsenhandel beschränkt und unterbunden gewesen. Nunmehr sind die Schranken und Verbote gefallen und der „Wollbetrieb" kann wieder aufgenommen werden, der allerdings eine Konjunktur antrifft, die mehr als still ist und wobei man noch gar nicht voraussehen kann, wie sich der Börsenhandel in der Zukunft entwickeln und gestalten wird. Seit Dezember 1917 wurden an der Börse Kurse für Dividendenpapiere zwar wieder festgestellt, und seit November 1918 konnten die Notierungen auch allgemein veröffentlicht werden. Ab 10. August sind alle Beschränkungen gefallen und damit Feststellung und Veröffentlichung der Kurse für festverzinsliche Wertpapiere möglich. Ausgenommen bleiben nur jene ausländischen Wertpapiere, welche dem Reiche zu überlassen sind und nicht mehr gehandelt werden dürfen.

Seit langem bemühen sich Bank- und Börsenkreise, daß das zum Schutze der Kriegsanleihen erlassene Verbot amtlicher Kursnotierungen beseitigt werde. Aus diesem Grunde ist man erstaunt, daß die Börse im jetzigen Augenblick sich Zeit läßt und erst ab 1. September der amtliche Verkehr in Staatsanleihen, Obligationen usw. wieder beginnt. Man begründet diese Verzögerung damit, daß gewisse „Vorbereitungen" nötig seien. Man wird nicht fehl gehen, hieraus auch die Erhöhung der Provisionssätze zu zählen.

So wird man den ersten Kursbericht über festverzinsliche Werte in weiten Kreisen mit einer gewissen Spannung erwarten. Es ist auch nicht zu zweifeln, daß er eine Fülle interessanten Materials bieten wird. Man wird Einblick erhalten über die frühere und jetzige Schätzung, welche die neuen und alten Anleihen des Reiches, der Bundesstaaten, der Provinzen und Städte sowie sonstiger Schuldverschreibungen erfahren. Diese Unterschiede waren im bisherigen „Schleichhandel" oft sehr beträchtlich und sachlich nur selten zu erklären. Sie werden voraussichtlich mehr und mehr schwinden, sobald die Oeffentlichkeit Kenntnis erhält, welche Papiere im Verhältnis zu anderen gleichartigen Werten billiger zu haben oder teurer zu veräußern sind. Das gilt für heimische Anlagepapiere, die auch fernerhin den Charakter als deutsche Wertpapiere bewahren werden. Anders steht es dagegen mit den sogenannten Valutapapieren aus, die von öffentlich-rechtlichen Institutionen oder von Privatunternehmern in deutschen Bundesstaaten ausgegeben wurden, welche demnächst dem Auslande überlassen werden müssen. Für solche künftige Auslandswerte werden geradezu phantastische Preise gezahlt, bei denen keineswegs immer feststeht, daß die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen der Käufer sich erfüllen werden. Insbesondere waren es 4%ige Flensburger Stadtanleihe (186), 4%ige Saarbrücker Stadtanleihe (197), 4%ige Danziger (127) und andere, die so hoch bezahlt wurden. Dazu kamen Schuldverschreibungen der Nombacher Hüttenwerke, der Saar- und Moselbergwerksgesellschaft und der Lothringer Hüttenwerke. Besonders hoch waren dann noch die Kurse für elsaß-lothringische Stadtanleihen. Demgegenüber seien folgende Kurse festverzinslicher Werte angeführt, die im freien Verkehr an der Berliner Börse in den letzten Tagen herrschten: 5%ige Kriegsanleihe (ca. 99 %), 4%ige Reichsanleihe (73¼ %), 4%ige preußische Konsols (ca. 75¼ %), 4%ige bayrische Staatsanleihe (ca. 81 %), 4%ige hessische Staatsanleihe (ca. 80,75), Württembergische Staatsanleihe (90 %). Die 4%igen Pfandbriefe der Hypothekenbanken hielten sich zwischen 95 und 97 %.

Vom süddeutschen Kohlenmarkt.

⊙ **Mannheim**, 12. Aug. Mit zunehmendem Waggonmangel ist der Versand von Brennstoffen von den Ruhrhäfen nach den oberrheinischen Umschlagsplätzen ziemlich schwach gewesen. Die Schiffe mußten oft weit über die festgesetzte Zeit warten, bis sie voll beladen werden konnten. Nur an den Zechenhäfen des Rhein-Herne-Kanals wickelten sich die Verladungen schlank ab. Während im Juni v. J. noch 864 547 Tonnen Brennstoffe aus den Duisburg-Ruhrorter Häfen abgefahren werden konnten, betrug die Kohlenabfuhr im Juni d. J. nur 260 605 To. Wie sehr gerade der süddeutsche Markt durch die Abnahme der Versendungen in Mitleidenschaft gezogen wurde, erhellt daraus, daß die Kohlenzufuhr nach Koblenz und oberhalb gelegenen Rheinplätzen auf dem Wasserwege sich im Juni d. Js. nur auf 241 279 To. belief, während im gleichen Monat des Vorjahres noch 851 713 To. dorthin verfrachtet worden sind. Die Zufuhren in den ersten 6 Monaten stellten nur etwa 38 Proz. der vorjährigen Anlieferung dar. Dieser minimale Prozentsatz läßt den Grad der Unzulänglichkeit in der Versorgung erkennen, er wird aber noch bedeutend verschärft dadurch, daß diesmal die Zufuhren von der Saar ausblieben, die im Vorjahre noch erfolgten. In Württemberg und Baden war die Belieferung der industriellen Betriebe nach wie vor schlecht. Sehr in Erscheinung tritt vor allem die Knappheit an Schmiedekohlen und auch an Zechenkoks, was besonders die Metallindustrie empfindlich trifft. Hausbrandkohlen kommen jetzt in spärlichen Mengen an den süddeutschen Markt, so daß jetzt erst allmählich die Belieferung, allerdings in beschränktem Maß, in Gang kommen kann.

Internat. Baumaschinenfabrik A.-G., Neustadt a. H.

⊙ **Mannheim**, 13. Aug. Eine in Mannheim abgehaltene Außerordentliche Generalversammlung faßte Beschluß zu dem Antrage der Leitung auf Erhöhung des Aktienkapitals um einen Betrag bis zu ¾ Millionen. In der Sitzung waren von 4 Aktionären 735 000 Mark Aktienkapital vertreten. Der Vorsitzende Direktor Funke (Gera) stellte folgende Anträge: Das Grundkapital soll um höchstens Mark 750 000 durch Ausgabe neuer Inhaber-Aktien à 1000 Mark zum Nominalwert erhöht werden. Die neuen Aktien sind ab 1. Januar 1920 am Geschäftsergebnis beteiligt und erhalten aus dem Reingewinn 1919 im Voraus eine 5%ige Verzinsung vom Einzahlungstage ab. Wird bis 15. Dezember 1919 der Betrag von ½ Mill. neugezeichnet, so ist die Kapitalserhöhung erfüllt. Im andern Falle sei sie gescheitert. Die Aushändigung der neuen Aktien an die Zeichner soll durch den Halleschen Bankverein (Filiale Gera) erfolgen. — Die Anträge wurden in dieser bedingten Fassung einstimmig genehmigt.

*

* **Personalnachrichten.** Direktor Karl Schaefer, Mitbegründer der Vereinigte Spediteure und Schiffer, Rheinschiffahrtsgesellschaft m. b. H. ist am 1. August aus dem Vorstand ausgeschieden, um sich ins Privatleben zurückzuziehen. Mit Direktor Schaefer ist die Aufwärtsentwicklung der Rhederei eng verbunden gewesen. — In die Geschäftsführung wurden neben H. Christeleit noch Wilhelm Hummel berufen.

Frachtenmarkt in den Ruhrhäfen.

Duisburg-Ruhrort, den 9. August 1919

Amtliche Notierungen der Schifferbörse zu Duisburg-Ruhrort.

Bergfahrt:

Bestimmung	Frachtsätze von den Rhein-Ruhr-Häfen	Frachtsätze von Häfen des Rhein-Herne-Kanals	Schlepplöhne v. den Rhein-Ruhr-Häfen für Kähne: große	mittlere	kleine
nach Coblenz		4.50			
„ St. Goar					
„ Bingen					
„ Mainz-Gustavsburg		5.—	5.50	6.—	6.50
„ Mainplätze bis Frankfurt a. M.		5.25			
„ Mannheim		5.—	5.50/6.0	6.50	
„ Karlsruhe		5.50			
„ Lauterburg		5.50			
„ Straßburg i. Els.		6.—			

MARCHIVUM

Amtliche Bekanntmachungen

Die weltliche Feier der Sonn- und Feiertage betr.

Da in letzter Zeit in verschiedenen Gemeinden des Landbezirks landwirtschaftliche und Gartenarbeiten an Sonn- und Festtagen vor Beendigung des vormittägigen Hauptgottesdienstes vorgenommen wurden, bringen wir nachstehende Bekanntmachung wiederholt in Erinnerung.

Bekanntmachung.

Die weltliche Feier der Sonn- und Festtage betr.

Wir bringen zur öffentlichen Kenntnis, daß mit Rücksicht auf die besonderen, durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse bis auf Weiteres an Sonn- und Festtagen von Beendigung des vormittägigen Hauptgottesdienstes ab landwirtschaftliche und Gartenarbeit mit Allerhöchster Staatsministerial-Entschließung vom 18. März 1915 erteilten Ermächtigung zugelassen wird. Bz.12

Mannheim, den 1. August 1919.
Bad. Bezirksamt, Abt. 4.

Aufgebot.

Der Abwesenheitspfleger Georg Landhittel in Mannheim hat beantragt, die verschollene Regina Wertheimer, geboren am 18. Mai 1873 zu Bauerbach, zuletzt wohnhaft in Amerika, für tot zu erklären. Die bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Dienstag, 23. März 1920, vormittags 9½ Uhr vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An Alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen. Am170

Mannheim, 30. Juli 1919.
Amtsgericht Z. I.
(gez.) Dr. Schulz.

Zum Güterrechtsregister Band XIII wurde heute eingetragen: Am170

1. Seite 478: Johann Jakob Seizinger, Schuhmacher und Frieda geb. Besch in Mannheim. Vertrag vom 14. Juli 1919. Gütertrennung.
2. Seite 479: Wilhelm Gebauer, Kaufmann und Bertha geb. Herzberger in Mannheim. Vertrag vom 18. Juli 1919. Gütertrennung.
3. Seite 480: Karl Wimmer, Händler und Gertrud geb. Müller in Mannheim. Vertrag vom 25. Juli 1919. Gütertrennung.
4. Seite 481: Arthur Beitel, Eisendreher und Karoline geb. Dechant in Mannheim. Durch Vertrag vom 1. August 1919 ist die Verwaltung und Nutznießung des Mannes ausgeschlossen.

Mannheim, 9. August 1919.
Bad. Amtsgericht Nr. 1.

In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des Rechtsanwalts Dr. Wilh. Köhler in Mannheim ist zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderung Schlußtermin bestimmt auf: Am170
Dienstag, 9. Septbr. 1919, vormittags 11 Uhr
vor dem Amtsgericht hierselbst, II. Stock, Zimmer 112.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts Z. 6.

Zum Vereinsregister Band VII. O.-Z. 29 wurde heute eingetragen: Am170
Turngesellschaft „Jahn" in Ladenburg.
Mannheim, 7. August 1919.
Bad. Amtsgericht Nr. 1.

Zum Handelsregister A wurde heute eingetragen:

1. Band IV, O.-Z. 9, Firma „Friedr. Goerig" in Mannheim. Offene Handelsgesellschaft. Walther H. Goerig, Kaufmann, Mannheim und Ernst Goerig, Kaufmann, Mannheim, sind in das Geschäft als persönlich haftende Gesellschafter eingetreten. Die Gesellschaft hat am 1. August 1919 begonnen. Die Prokura des Ernst Goerig ist erloschen. Geschäftszweig: Oele u. technische Produkte.
2. Band IV, O.-Z. 131, Firma „F. C. Menger" in Mannheim. Norbert Jatio, Mannheim, ist als Einzel-Prokurist bestellt.
3. Band V, O.-Z. 11, Firma „F. Mayer, Geflügel- und Delikatessen-Handlung" in Mannheim. Die Firma ist erloschen.
4. Band IX, O.-Z. 93, Firma „J. K. Wiederhold" in Mannheim. Franz Schönbegel, Ludwigshafen a. Rh. ist als Prokurist bestellt.
5. Band XV, O.-Z. 87, Firma „E. & F. Fingado" in Mannheim. Der Prokurist Lena Mai ist jetzt die Ehefrau des Kaufmanns Friedrich Fingado.
6. Band XVI, O.-Z. 16, Firma „Hermann Mayer" in Mannheim. Das Geschäft ist mit Aktiven und Passiven und samt der Firma von Hermann Mayer Ehefrau auf Hermann Mayer, Kaufmann, Mannheim, übergegangen, der es als alleiniger Inhaber weiterführt. Die Prokura des Hermann Mayer ist erloschen. Hermann Mayer Ehefrau, Bella geb. Winkelstein, Mannheim, ist als Prokurist bestellt. Weiterer Geschäftszweig: Agenturen.
7. Band XVI, O.-Z. 126, Firma „Hugo Kupper" in Mannheim. Die Firma ist geändert in: Kupper & Querengässer". Offene Handelsgesellschaft. Hermann Querengässer, Kaufmann, Mannheim, ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die Gesellschaft hat am 1. August 1919 begonnen.
8. Band XIX, O.-Z. 200, Firma „Karl Werle" in Mannheim, T 1, 13. Inhaber ist Karl Werle, Kaufmann, Mannheim. Geschäftszweig: Agentur- und Kommissionsgeschäft.
9. Band XIX, O.-Z. 201, Firma „Liebetrau & Hessel" in Mannheim, M 3, 5. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. Aug. 1919 begonnen. Persönlich haftende Gesellschafter sind Kurt Liebetrau, Ingenieur, Mannheim und Wilhelm Hessel, Ingenieur Mannheim. Geschäftszweig: Lieferung elektr. Maschinen und Apparate, Ausführung von Installationen
10. Band XIX, O.-Z. 202, Firma „Wolf & Diefenbach" in Mannheim-Waldhof, Hubenstraße 30. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. Juli 1919 begonnen. Persönlich haftende Gesellschafter sind Karl Wolf, Kaufmann, Mannheim-Waldhof und Adam Diefenbach, Monteur, Mannheim-Waldhof. Geschäftszweig: Handel mit Kraftfahrzeugen und Reparaturwerkstätte.
11. Band XIX, O.-Z. 203, Firma „August Lenhardt Verlag der Mannemer Badern" in Mannheim, P 7 Nr. 4. Inhaber ist August Lenhardt, Kaufmann, Mannheim. Geschäftszweig: Verlag der Wochenschrift der Mannemer Badern.
12. Band XIX, O.-Z. 204, Firma „Julius Lörch" in Mannheim, Diesterwegstraße Nr. 4. Inhaber ist Franz Julius Lörch, Kaufmann, Mannheim. Geschäftszweig: Kolonialwaren- u. Lebensmittel-Versandt-Geschäft sowie Agenturen.
13. Band XIX, O.-Z. 205, Firma „Rheinische Industriegesellschaft Schloß & Co." in Mannheim, Haydnstraße Nr. 7. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. August 1919 begonnen. Persönlich haftende Gesellschafter sind Heinrich Schäfer, Kaufmann, Mannheim und Hugo Schloß, Kaufmann, Mannheim. Geschäftszweig: Technische Artikel.
14. Band XIX, O.-Z. 206, Firma „Mannheimer Schilderfabrik Johann Marach" in Mannheim, K 3 Nr. 31. Inhaber ist Johann Marach, Schildermaler, Mannheim. Geschäftszweig: Herstellung und Vertrieb von Schildern jeder Art.
15. Band XIX, O.-Z. 207, Firma „Jakob H. Korter" in Mannheim, P 3, Nr. 7. Inhaber ist Jakob Heinrich Korter, Kaufmann, Mannheim. Geschäftszweig: Darmhandlung und Metzgerei-Bedarfsartikel.
16. Band XIX, O.-Z. 208, Firma „Emil Gottlieb" in Mannheim, Lortzingstraße Nr. 12. Inhaber ist Emil Gottlieb, Kaufmann, Mannheim. Geschäftszweig: Kolonialwaren, Landesprodukten, Obst, Gemüse und Flaschenbier.
17. Band XIX, O.-Z. 209, Firma „Diedr. Keune Zweigniederlassung Mannheim" in Mannheim, Rupprechtstraße Nr. 10, I. als Zweigniederlassung der Firma „Diedr. Keune" in Fröndenberg. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1917 begonnen. Persönlich haftende Gesellschafter sind Diedrich Keune, Fabrikant, Fröndenberg und August Schmidt, Fabrikant, Fröndenberg. R. Berndt, Mannheim, ist als Prokurist bestellt. Die Prokura ist auf den Betrieb der Zweigniederlassung Mannheim beschränkt. Geschäftszweig: Isolierwerk u. elektrotechnische Großhandlung.
18. Band XIX, O.-Z. 210, Firma „Ludwig Belledin" in Mannheim, Friedrichsplatz 17. Inhaber ist Ludwig Belledin, Kaufmann, Mannheim. Geschäftszweig: Vertrieb von Maschinen, Werkzeuge und Fabrikbedarf.
19. Band XIX, O.-Z. 211, Firma „Theodor Heß" in Mannheim, Elisabethstraße 1. Inhaber ist Theodor Heß, Kaufmann, Mannheim. Geschäftszweig: Import und Export von Auto- und Fahrradbestandteilen sowie andern Waren.
20. Band XIX, O.-Z. 212, Firma „Meyer & Lindemann" in Mannheim, U 5, 24. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 1. Aug. 1919 begonnen. Persönlich haftende Gesellschafter sind Eduard Meyer, Kaufmann, Mannheim und Eugen Lindemann, Kaufmann, Mannheim. Geschäftszweig: Fabrikation chem. techn. Produkte.
21. Band XIX, O.-Z. 178, Firma „Heinrich J. Münzer" in Mannheim. Das Geschäft ist mit Aktiven und samt der Firma von Heinrich Jakob Münzer auf dessen Ehefrau Magdalena geb. Schmidt, Mannheim, als alleinigen Inhaber übergegangen. Der Uebergang der in dem Betriebe des Geschäfts vor 1. Januar 1919 begründeten Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch Heinrich Jakob Münzer Ehefrau, Magdalena geb. Schmidt, Mannheim, ausgeschlossen. Heinrich Jakob Münzer, Mannheim, ist als Prokurist bestellt.
22. Band XIX, O.-Z. 213, Firma „Hüttenwerk Stadler Kommanditgesellschaft" in Mannheim, M 6, 16. Kommanditgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 9. August 1919 begonnen. Persönlich haftende Gesellschafter sind Heinrich Stadler, Fabrikbesitzer, Bamberg u. Walter Maas, Kaufmann, Berlin. Die Gesellschaft hat einen Kommanditisten. Die persönlich haftenden Gesellschafter sind zur Vertretung der Gesellschaft nur in Gemeinschaft ermächtigt. Geschäftszweig: Bearbeitung von Kupfer-, Messing-Aluminiumblechen, Drähten, Stangen und Röhren, sowie von Metallrückständen jeder Art, ferner der Handel mit allen Arten von Neu- und Altmetall. Am171

Mannheim, 9. August 1919
Bad. Amtsgericht Nr. 1.

Zum Handelsregister B Band XV O.-Z. 36 wurde heute eingetragen: (Am170
Firma „Handels-Vereinigung Gesellschaft mit beschränkter Haftung" in Mannheim, E 4 No. 16 (Börse). Gegenstand des Unternehmens ist: Der Handel mit Waren aller Art, insbesondere Lebensmitteln, Sämereien, Saaten, Rohprodukten sowie die Ein- und Ausfuhr dieser Erzeugnisse, ferner die Beteiligung an fremden Unternehmungen ohne jede Beschränkung auf den Erwerbszweig. Das Stammkapital beträgt 45000 Mark. Geschäftsführer ist Hugo Mayer, Kaufmann, Mannheim. Ferdinand Altschüler, Mannheim, Ernst Cahn, Mannheim und Leopold Cahn, Mannheim, sind zu Prokuristen bestellt und berechtigt, je zu zweien oder je in Gemeinschaft mit einem von mehreren Geschäftsführern die Gesellschaft zu vertreten und deren Firma zu zeichnen. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 4. August 1919 festgestellt. Die Gesellschaft bestellt einen oder mehrere Geschäftsführer oder deren Stellvertreter. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so sind zwei Geschäftsführer, und wenn Prokuristen bestellt sind, zwei Geschäftsführer oder ein Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen oder zwei Prokuristen gemeinsam zur Vertretung der Gesellschaft und Zeichnung deren Firma berechtigt. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den „Deutschen Reichsanzeiger" oder ein an dessen Stelle tretendes Blatt.

Mannheim, 8. Aug. 1919.
Bad. Amtsgericht Nr. 1.

Zum Handelsregister B, Band XV, O.-Z. 36, wurde heute eingetragen: Am17?
Firma „Armaturenfabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung" in Mannheim (Neckarau, Herrlachstraße 3). Gegenstand des Unternehmens ist: Die Herstellung von Armaturen und ähnlichen Gegenständen. Die Gesellschaft kann sich auch mit der Beschaffung und der Erzeugung von diesen und ähnlichen Zwecken dienenden Rohmaterialien, mit der Weiterverarbeitung der Produkte und Zwischenprodukte befassen. Sie kann sich bei industriellen Unternehmungen beteiligen und solche erwerben, auch wenn diese nicht in unmittelbarem Zusammenhange mit den Hauptprodukten und sonstigen Erzeugnissen stehen. Das Stammkapital beträgt 20,000 Mark. Geschäftsführer sind Franz Schmidmayer, Betriebstechniker, Mannheim, Hermann Bock, Werkmeister, Mannheim, Carl Stahl, Kaufmann, Mannheim und Max Mayer, Kaufmann, Mannheim. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 11. Juli 1919 festgestellt. Die Gesellschaft bestellt einen oder mehrere Geschäftsführer oder deren Stellvertreter. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so sind zwei Geschäftsführer gemeinsam, und wenn Prokuristen bestellt sind, zwei Geschäftsführer gemeinsam oder ein Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft und Zeichnung deren Firma berechtigt. Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger oder ein an dessen Stelle tretendes Blatt.

Mannheim, 9. August 1919.
Bad. Amtsgericht, Nr. 1.

Auf der Station Mannheim Rangierbahnhof sind zur Herstellung von Schlackensteinen im Inlande gegen Erstattung der tarifmäßigen Fracht von der Anfall- bis zur Empfangsstation und der Aufladekosten (bei Verladung durch die Eisenbahnverwaltung) vorbehaltlich besonderer Vereinbarung über Belieferung der Eisenbahnverwaltung mit Schlackensteinen nach Bedarf, zu vergeben. Bevorzugt werden gemeinnützige Baugenossenschaften. 5761

Mannheim, 11. Aug. 1919.
Bahnbauinspektion I.

Bekanntmachung.

Maßnahmen gegen Wohnungsmangel betr.

Da der Wohnungsmangel in Pforzheim einen derartigen Umfang angenommen hat, daß es nur mit großen Schwierigkeiten möglich ist, den Wohnungsbedürfnissen der hier bereits Ansässigen gerecht zu werden, sind wir genötigt, den Abschluß von Mietverträgen mit von auswärts Zuziehenden von der Genehmigung des städtischen Wohnungsamts abhängig zu machen. Gegen den Entscheid des Wohnungsamts können die Beteiligten Widerspruch beim Mieteinigungsamt erheben; dieses entscheidet endgültig. Wer ohne vorherige Einholung der Genehmigung nach Pforzheim zuzieht, hat keinerlei Anspruch auf Unterstützung durch das Wohnungsamt oder andere städtische Aemter.

Wir bringen deshalb nachstehende Bekanntmachung zur allgemeinen Kenntnis:

Auf Grund der Verordnung des badischen Ministeriums für Uebergangswirtschaft und Wohnungswesen vom 29. März 1919, wird auf Grund der Ermächtigung des badischen Arbeitsministeriums vom 14. Mai 1919 mit sofortiger Wirkung folgende Anordnung getroffen:

§ 1.

Die Vermietung, Ueberlassung und Ingebrauchnahme von Räumen zu Wohnzwecken an von auswärts zuziehende Personen ist nur mit vorheriger Zustimmung des städtischen Wohnungsamts zulässig. Die Zustimmung kann insbes. dann versagt werden, wenn der Zuziehende keine dauernde Beschäftigung in Pforzheim nachweist.

§ 2.

Gegen die Entscheidung des Wohnungsamts steht den Beteiligten binnen 2 Wochen nach Zustellung der Entscheidung das Recht zu, beim Mieteinigungsamt Widerspruch zu erheben. Das Mieteinigungsamt entscheidet endgültig. 5150

Pforzheim, den 6. August 1919.
Der Stadtrat.

Brautpaar, angenehme Untermieter für größere Wohnung, sucht bessere B8830
3-Zimmer-Wohnung
mit Küche, Mansarde, Bad, elektr. Licht, evtl. 4 Zimmer ohne Mansarde zu Oktober oder anderem Termin in gutem Hause. Angebote unter W. T. 87 an die Geschäftsst.

Offene Stellen

Stellen suchen:

Buchhalter, Kassierer, Korrespondenten, Kontoristen, Werkstattschreiber, Verkäufer, Lageristen, Reisende und Dekorateure.

Ingenieure, Architekten, Bau- u. Maschinentechniker, Chemiker, Laboranten, Zeichner usw.

Gesucht werden:

1 Korrespondent für technische Korrespondenz aus der elektrischen Branche, französische und englische Sprachkenntnisse Bedingung. Auslandskenntnisse besonders in Bezug auf Holland, Belgien und die Schweiz unerläßlich.
2 Bücherrevisoren für Treuhand-Gesellschaft.
1 Kalkulator im modernen Akkordwesen, Vor- und Nachkalkulationen in Gießereien und des Maschinenbaues durchaus erfahren.
1 Konstrukteur für Hochspannungs-Schaltanlagen.
1 Elektrotechniker mit mehrjähriger Betriebserfahrung auf dem einschlägigen Gebiete (Drehstrom), der in der Lage ist, die Instandhaltung von Elektromotoren und sonstigen elektrischen sowie Heizungs- und Kesselanlagen selbständig zu überwachen.
2 flotte Zeichner für Elektrizitätsfirma.
5 gewandte Stenotypistinnen.
5 gewandte Maschinenschreiberinnen in Stenographie durchaus bewandert.

Städt. Stellennachweis für kaufmännische, technische und Büroangestellte Mannheim. N 6, 3. 565

Tüchtiger Damenfriseur oder Friseuse per sofort gesucht. Nur erste Kraft wolle sich melden. Angebote unt. Z. R. 43 an die Geschäftsstelle. B8984

Bürstenmacherin sofort gesucht. 5811 Angebote unter P. P. 163 an die Geschäftsstelle.

Jüng. Verkäuferin mit Branchekenntnissen und schöner Handschrift für sofort gesucht. B8967 Ludwig Hochstetter Manufakturwaren Ecke Mittel- u. Schimperstr.

Perfekt. Stenotypistin sowie ein **Lehrling** für Kontor gesucht. B8961 Angebote unter Y. U. 38 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Servierfräulein zum sofortigen Eintritt ges., auch Anfängerin, daselbst ein **Mädchen**, welches sich im Kochen weiter ausbilden will. 5797 Automaten-Rest. Karlsruhe, Kaiserstr. 201.

Tüchtige **Friseuse** oder Damen-Friseur gesucht. B8992 Heinrich Heller Ludwigshafen am Rhein Bismarckstraße 43.

Braves **Mädchen** zur Stütze der Hausfrau sofort gesucht. B8923 H 5, 21.

Tücht. Alleinmädchen in kleine Familie gegen hoh. Lohn gesucht. B8897 Zu melden D 7, 16 2. Stock.

Saubere Monatsfrau vormittags 2 Std. gesucht. Dammstr. 29, Laden. B8882

Eine durchaus **perfekte Büglerin** B8942 für 2 Tage in der Woche sofort gesucht. Bügelgeschäft, N 3, 2.

Tüchtige Schneiderin sofort gesucht. Christian Groß, Langstraße 40, 3. St. B8945

Stellen-Gesuche

Gelernter Eisenhändler, flotter Verkäufer 23 Jahre, mit guten Zeugnissen und Referenzen sucht baldigst in Mannheim oder Umgebung 5420 **Stellung** auch als Lagerist in Fabrik. Bei Vermittlung große Belohnung! Zuschriften unter F. J. 159 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Erfahrener **Werkmeister** Apparate- u. Maschinenbau, 30jähr. Praxis, glänz. Zeugn. sucht Stellung. Mannheim oder Umgebung. 5791 Zuschriften u. F. L. 161 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Junges Fräulein sucht zum 1. September Stelle als **Verkäuferin** in Kurz-, Weiß- und Wollwaren, evtl. auch in Zigarrengeschäft. Angebote u. X. W. 15 an die Geschäftsstelle. B8904

Telephonistin deutsch u. französisch sprechend welche größeren Klappenschr. bedient hat, sucht Stelle. Angebote unt. Y. A. 19 an die Geschäftsstelle. B8015

Junges Fräulein (Waise) in allen vorkommend. Büroarbeiten bewand., sucht Vertrauensstellung Zuschriften unter Y. L. 29 an die Geschäftsstelle. B8043

Zimmermädchen sucht Stelle in f. Hause. B8888 Angebote unter X. R. 10 an die Geschäftsst. ds. Bl.

Verkäufe

Rentables Geschäft im Zentrum der Stadt umständehalber für ca. 7000 Mark sofort oder später zu verkaufen. Angebote unt. X. V. 107 an die Geschäftsstelle. B8909

Ein **Herren-Fahrrad** mit Gummi für 190 Mark zu verkaufen. B8017 Q 3, 21, 3. Stock.

„Auto" schöner Personenwagen mit neuer Bereifung, 10/30 P.-S., 4 sitzig, billig abzugeben. Auto-Garage B8893 Spiehlmann, Viehhofstr. 14.

Motorrad mit sehr guter Bereifung und ein neues Bandoneon zu verkaufen. B8902 Oehler, Jean Beckerstr. 11 V.

Motorrad NS. 2½ PS. ohne Bereifung, Preis 600 M. Anzusehen von 4—6 Uhr. K 3, 7, Scheuk. B8037

Eis. Kinderbett mit Matratze, Sitz-Liegewagen ohne Dach zu verk. Händler verbeten. B8024 Friedrichsring 46, IV.

4 weiße Marmortische 1,20×0,60 m zu verkaufen. B8942 J 5, 17.

Ein Schreibpult f. Laden zu verk. B8921 K 3, 29.

Schwarze Straussfedern Blusen und Taillen, Voilekleid, Kostüm, Krimmer-Mantel für ältere Frau, schlanke Figur. B8912 Gundel, Q 6, 20 parterre. Anzusehen 4—6 und 10—11.

Kochherde (email. u. lackiert) **Gasherde Gaskocher Waschkessel** preiswert sofort ab Lager lieferb. zw. ½3—8 Uhr nachm. Ph. J. Schmitt U 1, 16. B8901

Schwarzer **Gehrock m. Weste** bester Stoff, beinahe nicht getragen, für große Figur, zu verkaufen. 5781 Rheindammstr. 40, III. r.

1 einschläfr. Deckbett 1 Plumeau 1 Kinderdeckbett sehr gut erhalten, zu verkauf. Anzusehen von 2—5 Uhr B... C 8, 17 part.

Selbsterzeuger setzt einen Posten B8689 **schöne Küchen** bei. Umstände halber billigst ab. K 2, 9 part.

2 Petroleum-Hängelampen mit Zug und eine Klavierlampe zu verkaufen. 5803 C. Klein, Meerfeldstr. 67, II.

Frack-Anzug mittl. Größe, wie neu, allerf. Arbeit, a. la. Seide, ff. Cheviot, sofort verkäuflich. 5801 K. Hanauer, Mosbach a. N.

Schwarzer **Gehrock-Anzug** schwerer Friedensstoff. Tadellos erhalten. Figur 1.70 für Mk. 325.— zu verkaufen. B8951 C 4, 8 3. Stock.

Zu verkaufen: **Ein Rock mit Weste** nebst Mantel für 15—16 jährigen Jungen Ein neues Kleid für 14—15 jähriges Mädchen Werftstr. 17, 3. St. r. B8076

2 Herren-Anzüge starke und mittlere Figur, echte Friedensware zu verkaufen. B 8931 Lortzingstr. 40 part. links.

Zu verkaufen: **1 Wirtschaftsbüfett 1 Schenktisch 2 Tische** 5779 Korsettfabrik Herbst Pozzistr. 11.

Dezimalwage zu verkaufen. Näh. B8985 Herrmann, G 7, 35.

Schrank, Tisch Spiegel, Waschtisch, Nachttisch, Grammophon zu verk. B8986) R 7, 5 part.

Gute Milchziege zu verkaufen. Zu erfragen Gartenfeldstr. 13, 2. St. (B...

Kanarienvögel samt Käfige zu verkaufen. B8968 Meßplatz 2 IV. l.

Habe einige Fuhren **Dünger** abzugeben. 5773 Q 5, 16.

Lodenmantel (Bozener) oder **Gummimantel** zu kaufen gesucht. Angebote unter H. Kilb, Karlsruherstraße 7, Rheinau. B8935

Armeefeldstecher zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter Y. P. 24 an die Geschäftsstelle. B8926

Für Privatgebrauch aus Privathand zu kaufen gesucht: 1 Schreibtisch (Diplomat) 1 Bücherschrank 1 Ausziehtisch 6 Stühle (Lederpolster) 2 Klubsessel 1 Standuhr. B7178 Angeb. an Jul. Kost, Seckenheim, Hauptstr. 153.

Gebrauchter **Küchenherd** 55×80 zu kaufen gesucht. B8893 Merkle, G 6, 1.

Gebrauchte **Bank-Scheere** für Bürstenfabrikation zu kaufen gesucht. 5813 Angebote unter P. O. 166 an die Geschäftsstelle.

Ein Militärmantel zu kaufen gesucht. B8940 Franken, Luisenring 34.

Guterhaltener **Stubenbabywagen** zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis unter Z. D. 47 an die Geschäftsstelle. B8994

Eine gut erhaltene **große Badewanne** preiswert zu verk. (B... Neckarau, Wingertstraße 72, 3. Stock r.

Moderner Lüster für Gas und Elektrisch zu verkaufen. N 6, 16 IV. B9002

Bajazzo-Appt. zu verkaufen, bei 5799 Friedrich, Karlsruhe, Kaiserstraße 201.

Kauf-Gesuche

1 guterhalten. Diwan 6 gute Stühle zu kaufen gesucht. Angebote mit Preis Lange Rötterstr. 2, 3. Stock rechts. B8914

Chaiselongue zu kaufen gesucht. 5777 Angebote mit Preisangabe unter F. D. 154 a. d. Geschst.

Gebrauchte, gut erhaltene **Büro-Einrichtung** bestehend aus Schreibpult, Schreibtisch, Stühle hierzu, Schreibmaschine, Kassenschrank etc. zu kaufen gesucht. Angebote unt. P. C 153 an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten. 5775

Kleinen, gebrauchten **Kassenschrank** zu kaufen gesucht. B8883 Ang. u. X. N. 6 a. d. Geschst.

Miet-Gesuche

Laden mit 2 evtl. 3 Zimmerwohnung in belebtem Stadtteil auf 1. Oktober zu mieten gesucht. Angebote unter Y. D. 22 an die Geschäftsstelle. B8915

2 bis 3 Zimmer auch Notwohnung mit Kochgelegenheit (vor der Zwangseinmietung) sucht junges ruhiges Ehepaar in gutem Hause. Angebote unter Y. J. 27 an die Geschäftsstelle. B8936

Besserer Beamter mit 1 Kind sucht in Waldhof oder Luzenberg eine **2 oder 3 Zimmer-Wohnung** zum 1. September. Angebote unter F. H. 158 an die Geschäftsstelle d. Bl. 5787

Kaufmann sucht per 1. Sept. **schön möbl. Zimmer** mit voller Pension. Zuschr. unter Y. E. 23 an die Geschäftsstelle d. Bl. B8922

Möbliertes Zimmer auf 15. Aug. evt. mit Pension womögl. Nähe der Augustaanlage von Beamten gesucht. Gefl. Angeb. mit Preisang. unter F. K. 160 an die Geschäftsstelle ds. Bl. 5789

Vermischtes

Lila seidener **Damenschirm** am 6. ds. Mts. B8939 stehen geblieben. Abzugeben gegen gute Belohnung C 1, 12, Laden.

Entlaufen 1 männliche Deutsche Dogge, weiß mit dunkelbraunen Flecken. Abzugeben gegen Belohnung S 4, 15. B9005 Vor Ankauf wird gewarnt.

Empfehle mich stundenweise in allen häusl. Arbeiten. Zu erfr. S 4, 14 part. B8990

Ziegenmilch 1 Liter täglich abzugeben. B8929) S 3, 7 2. Stock.

Priv. Mittagstisch von höherem Beamten gegen gute Bezahlung gesucht. Angeb. unt. F. G. 157 an die Geschäftsstelle. 5785

MARCHIVUM

Ich wärme Dich:

ist besonders in der Kohlennot unentbehrlich und bei stärkster Kälte ein Fuss-, Bett-, Teller-, Speise-Warm-Apparat ☛ idealster Art.

Bügeleisen, Heizplatten, Wärmeplatten, Reise-Apparate, Reisekocher, Zigarren-Anzünder, Wasserkannen, Kochtöpfe, Heizöfen: elektrisch.

Bestellungen werden hier entgegen genommen.

Helb, Tattersallstr. 27, Rest. Tattersall.

General-Vertreter: 5874

F. Neukirsch, Baden-Baden, Marktpl. 18.

Firma Fried Hinderthür, Siegen.

Licht- und Kraft-

Rheinelektra

Fachmännische Beratung kostenlos

Anlagen jeder Art und Größe

Rheinische Elektrizitäts Aktiengesellschaft, Mannheim

Augusta-Anlage 32 Stadtgeschäftsstelle P. 5. 13a. Fernruf Nr. 7872-7878

Zu verkaufen:

7 Kastenwagen mit hoh. Wänden, nach hinten kippbar, für Schlacken, Sand 2c.
2 Pritschenwagen für je 100 Ztr. Tragkraft mit abklappbaren Wänden
1 Auto-Anhänger für 5000 Kg. Tragkraft mit Eisenbereifung
1 Landauer
8 Schlackenkippwagen für 1 m Schmalspurgeleise feststehend kippbar
1 transportable Baggermaschine für Kohlen 2c.

Deutsche Waffen- u. Munitionsfabriken
Karlsruhe, Baden. 5414

Die hier ersichtliche Kunden-Zunahme vom 1. Juli 1907/14, sowie die Einsicht von 88% aller Büchereinlagen bezw. Umsatzsteuer und 95% aller Jahresabschlüsse nach doppelter Buchführung an einem Tag sollte jedem interessierten vorsichtigen, kostenlos und unverbindlich Gesamtbeleg und notariell beglaubigte Attests von 12-jähriger Praxis zu verlangen. B2259

Karl Hecht
Bücher-Revisor und kaufmännischer Sachverständiger
Stuttgart-Gablenberg

Herzliche Bitte!

Wer würde alleinstehender jungen Frau (Flüchtling) beider Sprachen mächtig, gewandt im Verkehr mit Publikum, worüber prima Zeugnisse, zur Uebernahme einer Filiale oder Büroposten behilflich sein.

Angebote unter Y. E. 21 an die Geschäftsstelle. B8918

Mein Büro

befindet sich ab heute bei meinem
: : : : Lager : : : :

Ludwigsplatz 9

Clemens Trumpler
Engrosvertrieb von Kolonialwaren und Nahrungsmitteln
Ludwigshafen a. Rhein
Telephon Nr. 566
Telegr.-Adresse: „Marga Ludwigshafenrhein"

Bei Gassperre

brennt man in allen Petrollampen mein Petro-Hecle. Kannen mitbringen 8771

Rhein. Maschinen-Industrie
Q 4, 10.

Reparaturen und Neuanfertigungen

von 4782

Automobil- und Lastwagenkühler

übernehmen mit kürzester Lieferfrist

Dr. Otto Zimmermann & Heinrich Weyel
Ludwigshafen a. Rh.

Elektr. Klaviere
Orchestrions
Handspielpianos
empfehlen preiswert
Mannheimer Musikwerke
Schmid, Orgelbauer
P 3, 11. Hans

Wer verhilft jg. intelligent. Kriegswitwe welche durch d. Krieg harte Schicksalsschläge erlitt, zur Gründung 5783

einer Existenz.

Ang. u. F. E. 155 an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Aepfel Birnen Zwetschgen

in guter Qualität täglich waggonweise eintreffend liefert zu Tagespreisen. Interessenten wollen sich melden

Blumenhaus Epheukranz
S 6, 13 Telephon 2163 [5422] S 6, 13

Elektrotechnische Fabrik Rheydt

Max Schorch & Cie., Akt.-Ges.
Zweigbüro
Karlsruhe, Sommerstr. 10
Telephon 5546.

Durch die Oeffnung der Grenze zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet sind wir wieder in der Lage in kürzester Frist zu liefern: 5102

Motore
für Gleich- und Drehstrom
bis zu den grössten Leistungen,

Ueberlandzentralen u. Elektrizitätsw.
jeder Stromart und Grösse

Spezial-Motoren
für die Textilindustrie.

Mit Projekten Kostenanschl. und unverb. Besuchen stehen wir zur Verfügung und erbitten Anfragen.

Privat-

Handels-Lehranstalt Merkur

Inhaber u. Leiter: Tel. 6070 **Dr. phil. Knoke,** E 1, 1 u. 2 (Paradeplatz)
staatlich geprüfter Diplom-Handelslehrer.

Tages- und Abendkurse
Kursbeginn: 4. August 58

Prospekte und Auskunft kostenlos

Kostüme u. Mäntel

werden angefertigt bei
Oeste c,
Damenschneiderei 68
D 5, 4 4. Stock 8928
(Hotel Weinberg).

Für Geschäfte sucht Schneiderin

Heimarbeit

bei mäßiger Berechnung. Angebote unt. Y. B. 20 an die Geschäftsstelle. B8920

Tapeten

Größere Posten Friedensware besonders billig. 523

Tel. 2024. **M. Schüreck** F 2, 9.

Effax-Schuhcreme

(die Marke der Kenner)

Es ist der Weisheit höchster Schluss: Die „Effax-Creme" bringt sie Verdruss. B87

Allein-Hersteller:
Chemische Fabrik Effax, Bensheim (Hessen).

Mannheimer General-Anzeiger

Zweigstellen

Neckarstadt:	Waldhofstr. 6
Schwetzingerstadt:	Kepplerstr. 42
Lindenhof:	Gontardstr. 4

Die Zustellung unseres Blattes erfolgt an die Bezieher dieser Stadtteile von den einzelnen Zweigstellen aus. Bestellungen auf unsere Zeitung sowie die Aufgabe von Anzeigen können während der Geschäftsstunden von 8 bis 12 Uhr und von 2 bis 6 Uhr dortselbst erfolgen.

Geschäftsstelle des Mannheimer General-Anzeigers
E 6. 2

In meinem Hause (Zentr. Stadt) habe ich

Großen Laden
mit Lager

zur Verfügung, übernehme darin

Niederlage u. Vertretung

eines gutgehenden Artikels, gleich welcher Branche, evtl. Vermietung an schon bestehend. Unternehmen unter Beteiligung. Angebote u. Y. Q. 25 an die Geschäftsstelle. B8927

Schöner Saal

zur Abhaltung von Tanzkursen sofort gesucht. Angebote erbet. unt. X. Z. 18 an die Geschäftsstelle B8910

Wer erteilt Harmoniumunterricht

Angebote unter Y. M. 30 an die Geschäftsstelle. B8947

Perf. Stenotypistin

sucht noch 4 Std. Nebenbeschäftigung. Angebote unter Y. H. 36 an die Geschäftsst. B8928

Pfaff-Nähmaschinen

für Familiengebrauch und gewerbl. Zwecke erstklassige Fabrikate
Eigene Reparaturwerkstätte. 590

Martin Decker
Fernsprecher 1298. A 3, 4

Herd- u. Ofengeschäft J 7, 11.

Setzen, Putzen, Ausmauern und alle dazu gehörige Schlosserarbeit.
Herde und Oefen, die nicht brennen und nicht backen werden dazu gerichtet.

F. Krebs, Ofensetzer und Herdschlosser, J 7, 11.

Offiziers-Uniformen

getr. Kleider u. alte Zahngebisse
kauft unter strengster Diskretion (B8983

Zarnicer b. Klaus, **Beilstraße 18.**

Vernickelung und Emaillierung

von Fahrrädern

Neuauffrischen von Beleuchtungskörpern
Vernickeln von chirurg. Instrumenten und anderen Gegenständen.

Hans Janson, Gal. Industrie
R 4, 5. Telephon 7645. 573
Fahrrad- und Maschinenhandlung.

Gold-, Silber- u. Platin-Abfälle

zu kaufen gesucht. 5416

Angebote unt. F. P. 156 a. d. Geschäftsstelle.

Neuverzinkung

von Waschwannen, Waschtöpfen, Eimern, Fußbadewannen usw.
übernimmt 587

Carl Renninger
Verzinkerei
Industriehafen, Industriestr. 43, Tel. 1196.

Dach-Reparaturen

aller Art, einschl. Spenglerarbeiten, werden prompt, fachgemäss u. billigst ausgeführt.

SCHNEPF & Co.
Luisenring 25. Eingang: Dalbergstr. 4.
Telephon 7971. 596

Rein-Aluminium

fein geschliff. u. polierte
Eßlöffel Wt. 12.50, Essgabel Wt. 11.50, Kaffeelöffel Wt. 9.50 pro Dutzend. Auch halbe Dutzend lieferbar frco. Nachnahme nur direkt durch 670

Br. Geiser, Metall-Industr., Kirchheim-Teck 73

Rolladen

Neulieferung Reparaturen 531

Rolladen- und Jalousien-Fabrik **Stierlen & Hermann**
Augartenstr. 33 Mannheim Tel. 2002 u. 2773